**Bernd A. Diederichs:**

## In Erwartung eines Rekordjahres

Wie der Geschäftsführer der NürnbergMesse betonte, ist in diesem Jahr mit einem Umsatz von rund 120 Millionen Euro zu rechnen.

Seite 11

**Josef Miller:**

## Vorrang für kommunale Allianzen

Bei der SDL-Mitgliederversammlung in Thierhaupten skizzierte der Landwirtschaftsminister den Weg für einen vitalen ländlichen Raum.

Seite 2

**Hans Schaidinger:**

## Deutlicher Appell an „Wir-Bewusstsein“

„Wir brauchen Optimismus und wir hätten ihn schon längst haben dürfen“, betonte Regensburgs OB beim Neujahrsempfang der Stadt.

Seite 4


Bayerische
# Gemeindezeitung

**Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis**

ISSN 0005-7045 | Geretsried, den 2. Februar 2006 | 57. Jahrgang / Nummer 3


# Die Investitionskraft wird gestärkt

### Finanzminister und Kommunen einigen sich über den Finanzausgleich 2006 - Der Landtag hat das letzte Wort

**Nach konstruktiver, harter Verhandlung haben sich Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser und die kommunalen Spitzenverbände am vergangenen Wochenende in München auf einen verbesserten Finanzausgleich im Nachtragsetat 2006 des Freistaats im Kompromiss geeinigt. Das FAG-Gesamtvolumen steigt von rund 5,6 auf 5,7 Milliarden Euro.**

Wichtigen Anteil hat die Anhebung der staatlichen Investitionspauschale auf 135 Millionen Euro. Die Kommunen hatten sich 200 Millionen zum Ziel gesetzt, sie waren offenbar jedoch mit dem Ergebnis zufrieden. Das FAG-Paket wird nun im Ministerrat zur Abstimmung gestellt und dann mit dem gesamten Nachtragsetat dem Landtag zugeleitet. Dort kann es noch zu gewissen Veränderungen im Rahmen eines nicht zu sprengenden Gesamtvolumens kommen. Es bleibt beim Prinzip, keine neuen Schulden aufzunehmen.

### Haushalte gesichtert

In diesem Sinn haben Faltlhauser und Manfred Ach, der als Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Landtag an dem Spitzengespräch teilnahm, der Presse berichtet. Die Verbandsvorsitzenden verließen das Haus ohne Pressekontakte. Im Vorübergehen zeigten sich Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein und Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl auf Fragen zufrieden. Die kommunalen Haushalte seien im Großen und Ganzen gesichert. In der Pressekonferenz des Ministers berichtete Ach auf Fragen, die internen Differenzen zwischen Städte- und Gemeindetag hätten keine Rolle gespielt, so wie es ihnen die Fraktionsvorsitzenden von CSU und SPD bei Konsultationen kurz zuvor dringend angeraten und wie es Brandl und Theo Zellner vom Landkreisverband vor der Presse im Landtag beschworen hatten.

(Fortsetzung auf Seite 4)

**Bad Reichenhaller Katastrophe:**

# Innenministerium warnt vor Schnellschüssen

### Arbeitsgruppe mit Kommunen und Fachverbänden eingesetzt Erst Unglücksursache feststellen, dann Folgerungen ziehen

**Die Katastrophe von Bad Reichenhall mit dem Tod von 15 Menschen beim Einsturz der Eislaufhallendecke und etliche glimpflich verlaufene andere Zusammenbrüche von Decken öffentlicher Bauten sind für die Oberste Baubehörde im Innenministerium kein Anlass, das Baurecht durch Schnellschüsse zu ändern. Erst müsse die Unglücksursache abschließend geklärt sein. Die Staatsregierung will die rechtlichen und technischen Fragen in einer vom Innenministerium eingesetzten Arbeitsgruppe erörtern. Daran werden insbesondere die kommunalen Spitzenverbände, Architekten- und Ingenieurkammer beteiligt. Über Ergebnisse wird der Landtag unterrichtet.**

„Bloßer Aktionismus bringt hier nichts,“ erklärte Ministerialdirektor Josef Poxleitner als Leiter der Obersten Baubehörde im Kommunalausschuss des Landtags. Die SPD hatte per Dringlichkeitsantrag einen detaillierten Bericht zur Standsicherheit von baulichen Anlagen verlangt. Poxleitner erklärte, dass die Anforderungen für die Standsicherheit entsprechender Anlagen schon immer besonders hoch seien. Für Gebiete mit erfahrungsgemäß großer Schneelast gebe es seit langer Zeit DIN-Normen. Die SPD-Frage, ob die Deregulierung des bayerischen Baurechts hier eine Rolle gespielt habe, verneinte der Ministerialdirektor. Er verwies darauf, dass die Verantwortung für ein Gebäude, nachdem es baurechtlich abgenommen ist, seit jeher beim Eigentümer liege. Regelmäßige Standsicherheitskontrollen im Sinne eines Gebäude-TÜV gebe es weder in Bayern noch in anderen Ländern.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Helga Schmitt-Bussinger (SPD), forderte als Berichterstatterin, alles zu tun, um Menschen und Kommunen eine gewisse Sicherheit über die Statik von Bauten zu geben. Der SPD gehe es darum, sämtliche Möglichkeiten und Maßnahmen zur Vermeidung solcher Katastrophen über die bisherigen Regelungen hinaus auszuschöpfen. Kritik übte sie an einem Schreiben des Kultusministeriums nach der Reichenhaller Katastrophe, die Kommunen sollten als Sachaufwandsträger der Schulen die Standsicherheit von Sporthallen prüfen. Hier dürfe man die Gemeinden in ihrer Verantwortung nicht alleine lassen.

Mitberichterstatter Thomas Obermeier (CSU) stimmte Poxleinter zu.

Die Träger öffentlicher Bauwerke gingen erfahrungsgemäss mit sehr viel Sorgfalt vor. Man dürfe ihnen nicht noch weitere Vorschriften auferlegen. Politische Polemik müsse außen vor bleiben.

Christine Kamm (Grüne) befand, die Probleme in den Kommunen würden auf Grund ihrer Finanznöte immer größer und führten zur Einschränkung der Nutzbarkeit ihrer Gebäude. Staatliche Zuschusszusagen würden zum Teil erst nach drei Jahren erfüllt. Auch sie begrüßte die Einberufung der ministeriellen Arbeitsgruppe.

Der SPD-Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig für erledigt erklärt. **rm**

**Der BKPV informiert:**

# Kein Freibrief für die Servicegesellschaften

### Keine Gewerbefreiheit - Ersparnisse für Personalkosten

**Immer mehr Kommunalunternehmen wollen sich durch eigene Servicegesellschaften von Personalkosten entlasten. Durch die Übertragung von Mitarbeitern auf Servicegesellschaften befreit man sich von den Zahlungen nach den höheren BAT-Tarifen.**

Die Folge: Die ausgelagerten Arbeiter und Angestellten finden dann bei unverminderten Arbeitsaufgaben und -leistungen weniger Geld in ihren Lohn- und Gehaltstüten. Vor allem kommunale Krankenhäuser suchen diesen Ausweg zur Unterschreitung des Tarifniveaus. Inwieweit diese Handhabung mit den Vorgaben des Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes (AÜG) in Einklang stehen, bedarf offensichtlich der Klärung. Das AÜG lässt seit 1. Januar 2004 zu, dass vom Gebot abgewichen werden kann, dem Leiharbeitnehmer die im Unternehmen des Entleihers für vergleichbare Arbeitnehmer geltenden Arbeitsbedingungen und Entgelte zu gewähren, u. a. durch oder aufgrund eines (Zeitarbeits-) Tarifvertrages. Und das auch bei einer zeitlich nicht begrenzten Entleihe.

### Zweifel an Rechtmäßigkeit

Somit können die Partner - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - in nicht tarifgebundenen Servicegesellschaften „individualvertraglich vereinbarte Regelungen“ anwenden.

Nun haben derartige Gestaltungsmöglichkeiten allein zur Unterschreitung des BAT-Niveaus Zweifel an deren Rechtmäßigkeit laut werden lassen. Angerufene gerichtliche Instanzen gehen davon aus, dass der Gesetzgeber bei der AÜG-Reform jedoch am Grundsatz „Gleiche Arbeitsbedingungen - Gleiche Entgelte“ festhalten wollte.

### Eine Scheinüberlassung

Dazu äußerte sich jetzt der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) in seinen neuen Mitteilungen: „Daraus wird deutlich, dass das Überlassen von Arbeitnehmern auf der Basis einer Genehmigung nach dem AÜG durch eine 100-prozentige Tochtergesellschaft allein an ihre Muttergesellschaft, nicht aber an fremde Dritte, als Umgehungstatbestand eingestuft und die Überlassung als Scheinüberlassung qualifiziert werden könnte“.

Bei der Abgrenzung von untersagter Umgehung und zulässiger Tatbestandsvermeidung müsse auf den jeweiligen Einzelfall

(Fortsetzung auf Seite 4)

**Zellner zu Kita-Gebühren:**

## Vorschlag überfordert die Kommunen!

„Weg mit den Gebühren für Kindertagesstätten“, so lautet die jüngst veröffentlichte Forderung von Bundesfamilienministerin von der Leyen. Dazu stellt der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, fest: „So etwas ist schnell dahingesagt und für sich betrachtet auch nicht verwerflich. Kinderfreundlich wollen wir alle sein. Bedenklich wird die Angelegenheit aber dann, wenn Ideen in die Welt gesetzt werden, für die Andere, hier die Kommunen, bezahlen sollen. Ich stelle deshalb in aller Klarheit fest: Der Vorschlag von Bundesfamilienministerin von der Leyen ist finanziell nicht zu schultern.“ ❐

**700 Kommunen werden angeschrieben:**

# Post vom Amt - mal verständlich

### Moderne Verwaltungssprache: Online-Wörterbuch und Hotline / „Ihre Rechte“ statt „Rechtsbehelfsbelehrung“

Alle deutschen Kommunen können mitmachen. Wer kennt das nicht: Ein Brief vom Amt, und auch beim dritten Lesen hat man noch immer die Hälfte nicht verstanden. Ein Online-Projekt der RUB-Sprachwissenschaftler vom Fachbereich Angewandte Linguistik um Prof. Dr. Hans-Rüdiger Fluck und Michaela Blaha soll helfen: Alle deutschen Kommunen können sich ab sofort unter **http: //www.rub.de/idema** anmelden und fünf Jahre lang auf die Hilfe der Forscher zählen. Sie formulieren in einem interdisziplinären Team Amtsdeutsch um, finden verständlichere, alternative Begriffe für unverständliche Wörter aus der Verwaltungssprache, und das alles auch noch rechtlich wasserdicht. „Es soll eine Art lernendes Online-Wörterbuch entstehen“, so Michaela Blaha. Außerdem ist ein Trainingsprogramm für Verwaltungsmitarbeiter geplant.

Ursprung der Idee ist das Pro-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

**Wer auf die Segnungen der direkten Demokratie schwört verkennt, dass - zumindest in diesen Breiten - beim Menschen das Negative überwiegt. Und so ist der vor zehn Jahren im Freistaat Bayern eingeführte Bürgerentscheid kein demokratischer Meilenstein, sondern eigentlich nur ein Instrument zur Verhinderung.**

Seite 11

**E.ON Bayern-Umweltpreis:**

## Bewerbungen bis 31. März

### 250.000 Euro für energie- und umweltschonende Projekte

Auch in diesem Jahr wird unter der Schirmherrschaft von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf der „E.ON Bayern Umweltpreis“ vergeben. Die Auszeichnung zählt zu den bundesweit höchst dotierten Preisen für ökologisches Handeln. Für das Preisgeld in Höhe von 250 000 Euro können sich Kommunen noch bis Ende März bewerben.

Der Preis soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei geht es um Reduzierung des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Das Preisgeld ist zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen.

Die Bewerbungsmodalitäten sind im Internet unter www.eon-bayern.com abrufbar. ❐

## Sie lesen in dieser Ausgabe


| | Seite |
|---|---|
| Rückendeckung für die Kommunen | 2 |
| Reform der Wasserwirtschaftsverwaltung | 2 |
| GZ-Kolumne Luitpold Braun: Standortpolitik ist Chefsache | 3 |
| Bedeutung der privaten Vorsorge nimmt weiter zu | 3 |
| Familienreport der Konrad-Adenauer-Stiftung | 3 |
| GZ-Fachthemen: | |
| Kommunalfinanzen | 5 / 6 |
| Kommunaler Bau | 7 / 8 |
| Wasser - Abwasser | 9 / 10 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 11 - 12 |



Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

**Bayerische Gemeindezeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt. - B 1578 -
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Die Spitzenverbände im Gespräch mit CSU und SPD im Landtag :

# Rückendeckung für die Kommunen

**Vor den entscheidenden Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem bayerischen Finanzminister über den Finanzausgleich im Nachtragshaushalt 2006 und die Voraussetzungen für den bayerischen Doppelhaushalt 2007/08 hatten sich Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke in Gesprächen mit den Landtagsfraktionen der CSU und SPD um Rückendeckung für ihre Forderungen an den Freistaat bemüht.**

Theo Zellner vom Landkreistag fasste namens der vier kommunalen Spitzenverbände zusammen, man habe nicht nur Verständnis gefunden, sondern auch die Bereitschaft, auf die Forderungen einzugehen; insbesondere was die Bauinvestitionen, den Kostenausgleich für Hartz IV und die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips im Schulbereich betrifft. Die beiden Fraktionsvorsitzenden begrüßten andererseits das Bestreben der vier Verbände, interne Streitigkeiten beizulegen oder hintanzustellen.

### Aufruf zur Geschlossenheit

Die CSU hatte die zu ihr gehörenden Verbandsvorsitzenden erstmals zu ihrer Fraktionsklausur in Wildbad Kreuth eingeladen (GZ 1/2,19.1.06), die große Oppositionsfraktion empfing die vier kurz vor dem Spitzengespräch mit dem Finanzminister zu einer Konferenz mit ihrem erweiterten Vorstand im Maximilianeum; auch das eine Premiere. Zuvor beim 7. Bürgermeister- und Landrätetag der SPD im Plenarsaal des Landtags hatte SPD-Fraktionschef Franz Maget die 190 anwesenden sozialdemokratischen (Ober)-Bürgermeister und Landräte beschwörend ermahnt, gegenüber Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser geschlossen aufzutreten.

Unter anderem kamen die Differenzen zwischen Städten und Gemeinden über die unterschiedliche Kostenbelastung als Folge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach Hartz IV und über die Zweitwohnungssteuer zur Sprache. Ohne geschlossene Front wären die Kommunalpolitiker „der Staatsregierung hilflos ausgeliefert", warnte Maget.

Während beim Bürgermeistertag noch kontrovers unter den SPD-Politikern diskutiert wurde, gab es tags darauf im Gespräch der Verbandsvorsitzenden mit dem Fraktionsvorstand keine Gegensätze. „Wer hofft, dass wir uns auseinander dividieren lassen, der irrt," betonte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

### Zweitwohnungssteuer ist Sache der Kommunen

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann hatte in Kreuth von „atmosphärischen Verbesserungen" gesprochen. Für die Etatberatungen im Landtag stellte er später im Pressegespräch in Aussicht, man werde weiter versuchen, bei notwendigen Haushaltskürzungen „von der Rasenmähermethode etwas wegzukommen". Zur Zweitwohnungssteuer unterstrich Herrmann, sie zu erheben, bleibe den Städten und Gemeinden anheim gestellt. Die CSU werde die vor zwei Jahren auf dringenden Wunsch zahlreicher Kommunen zugelassene Steuer nicht wieder verbieten. Auch eine gesetzliche Regelung für die Erhebung werde es nicht geben.

### Höhere Bauinvestitionen

Für die SPD geht es laut Maget darum, den Finanzausgleich über die bisherigen rund 5,65 Milliarden Euro hinaus aufzustocken. „Der Kuchen muss größer werden." Maget und Helga Schmitt-Bussinger als kommunalpolitische Sprecherin verwiesen beispielmäßig auf die Bauinvestitionen der Kommunen, die in den letzten zehn Jahren von 4,5 auf 2,9 Milliarden Euro zurückgegangen seien. Im Gespräch mit den vier Verbandsvorsitzenden war von rund 200 Millionen Euro Aufstockung die Rede. **rm**

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf:

## Reform der Wasserwirtschaftsverwaltung

**Seit 1. Januar 2006 greift ein wichtiger Teil der bayerischen Verwaltungsreform: Die bayernweit bisher 24 Wasserwirtschaftsämter wurden zu 17 zusammengeführt. Den Startschuss für die Umsetzung dieser Reform gab Umweltminister Werner Schnappauf mit der Anbringung des Amtsschildes am neuen Wasserwirtschaftsamt Kronach.**

Schnappauf: „Die bayerische Wasserwirtschaftsverwaltung bleibt auch weiterhin zukunftsfähig. Durch die Reduzierung der Ämterstandorte können Synergien bestmöglich genutzt und so die Strukturen schlanker und effizienter gestaltet werden". Im Zuge des Gesamtreformpakets „Verwaltung 21" der Bayerischen Staatsregierung werden in Oberfranken die Aufgaben der drei Wasserwirtschaftsämter Bamberg, Bayreuth und Hof künftig durch zwei Wasserwirtschaftsämter in Kronach und Hof wahrgenommen. Im restlichen Franken gibt es statt bisher 5 künftig 4, in Schwaben und Altbayern statt 16 künftig insgesamt 11 Wasserwirtschaftsämter. Durch die Reform können im Lauf der nächsten Jahre 16,4 Prozent Personal eingespart werden.

Für eine Übergangszeit bleiben an den bisherigen Standorten Servicestellen bestehen. Bei den erforderlichen Personalveränderungen können dadurch auch weitgehend persönliche, familiäre und sonstige soziale Verhältnisse berücksichtigt werden.

Für einen Teil der Beschäftigten wird zudem ein Wechsel zwischen der staatlichen Bauverwaltung und der Wasserwirtschaftsverwaltung ermöglicht. Um insgesamt die Auswirkungen auf die Bediensteten und ihre Familien so gering wie möglich zu halten, waren spezielle Kommissionen an den Regierungen eingesetzt worden.

**Standorte der Wasserwirtschaftsämter in Bayern ab 1.1.2006:**
**Oberbayern:** Ingolstadt, München, Rosenheim, Traunstein, Weilheim
**Niederbayern:** Deggendorf, Landshut
**Oberpfalz:** Regensburg, Weiden
**Oberfranken:** Kronach, Hof
**Mittelfranken:** Ansbach, Nürnberg
**Unterfranken:** Aschaffenburg, Bad Kissingen
**Schwaben:** Donauwörth, Kempten.
**Weitere Informationen:** www.wasser.bayern.de

**Mitgliederversammlung in Thierhaupten (v. l.): Stellvertretender Landrat Fritz Hölzl, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Minister Josef Miller, Geschäftsführerin Gerlinde Augustin, Landrat Leo Schrell, und Bürgermeister Franz Neher. Bild: -jdt-**

Hilfe zur Selbsthilfe für vitalen ländlichen Raum:

# Kommunale Allianzen nötig

**Minister Josef Miller: Herausragende Rolle der Schule für Dorf- und Landentwicklung**

**Thierhaupten (jdt). Als hervorragendes Ziel der bayerischen Strukturpolitik bezeichnete Landwirtschaftsminister Josef Miller in der Mitgliederversammlung der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten die Stärkung der ländlichen Gemeinden und Regionen als eigenständige und vielfältig ausgeformte Lebensräume. Das Gleichgewicht mit der Organisations-, Wirtschafts- und Finanzkraft der Verdichtungsräume müsse erhalten oder hergestellt und die Entstehung neuer Ungleichgewichte vermieden werden.**

Mit Nachdruck forderte Miller Vorrang für sparsamen Umgang mit Grund und Boden, die Erhaltung einer breit gestreuten Besitzstruktur, die Erzeugung qualitativ hochwertiger und gesunder Lebensmittel und die Gewährleistung einer flächendeckenden und nachhaltigen Landbewirtschaftung.

### Strukturen bedroht

Miller skkizzierte den „bayerischen Weg für einen vitalen ländlichen Raum". In den vergangenen Jahren seien zur technischen Rationalisierung und einem enormen Produktivitätszuwachs weitere Herausforderungen dazu gekommen: die Globalisierung der Märkte, die Erweiterungen der EU und damit verbunden der Zuwachs beim Verkehrsaufkommen, die Klimaveränderungen mit zusätzlich erforderlichem Hochwasserschutz, die Bildung von sogenannten Clustern und nicht zuletzt die demographische Entwicklung in Deutschland. Diese lasse, so warnte Miller, besonders für die peripheren ländlichen Räume Geburtenrückgang, Abwanderung der jüngeren Bevölkerung und als Folge Überalterung erwarten: Das führe zur Entleerung der Ortskerne, zu mangelnder Auslastung der Infrastruktur und bedrohe die Struktur des Zusammenlebens im Dorf.

Der Landwirtschaftsminister betonte, es gelte die Herausforderungen anzunehmen und die Veränderungen aktiv zu begleiten und strukturell abzufedern. Um die Hilfe zur Selbsthilfe in den ländlichen Gemeinden voranzubringen, müsse man das große Potenzial der ländlichen Räume ausschöpfen, mit gestaltenden und aktivierenden Maßnahmen. Vorsorge- statt einer Nachsorgepolitik sei angesagt.

### Neue Einkommensquellen

Das Landwirtschaftsministerium und seine Verwaltungen würden, wie Miller ankündigte, die seit Jahrzehnten erfolgreiche Arbeit für einen vitalen ländlichen Raum verstärken. Dazu gehörten Konzepte für ländlichen Tourismus, die Erschließung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen und einzelbetriebliche Investitionsförderung.

Müller befürwortete kommunale Allianzen und machte auf die Bedeutung der „Integrierten ländlichen Entwicklung (ILE)" aufmerksam. Diese führe vielfältige Interessen im ländlichen Raum zusammen und sei besonders gut geeignet, Ökonomie, Ökologie und soziale Erfordernisse stärker als bisher zu vernetzen.

### Wettbewerb „Dorf vital"

Die Strukturveränderungsprozesse im ländlichen Raum machten es erforderlich, künftig noch gezielter und effektiver zu handeln. Aus diesem Grund habe er, wie der Minister herausstellte, auf der „Kommunale 2005" das Aktionsprogramm „Dorf vital" angekündigt. Hierbei solle der Einsatz vorhandener Fördermöglichkeiten zur Innenentwicklung zielorientierter vorbereitet und durchgeführt werden. Das Aktionsprogramm startet mit einem Wettbewerb. Mit relativ wenig Geld gelte es viel anzustoßen. Gleichzeitig mit dem Wettbewerb solle der neu entwickelte Vitalitäts-Check eingeführt werden.

Die Schulen für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten, Plankstetten und Klosterlangheim spielten bei der Entwicklung des ländlichen Raumes eine „herausragende Rolle", bestätigte Miller. Sie zeigten eindrucksvoll, wie mit geringem finanziellen Aufwand eine hohe Präsenz im ländlichen Raum mit breitem Know-how möglich sei. 2006 könne die Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten ihr 15-jähriges Bestehen feiern.

### Hervorragender Ruf

Für hervorragende Arbeit dankte der Minister dem Vorsitzenden des Vorstandes, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, den Vorstandsmitgliedern, Fachbeirat, Hauptauschuss, sowie Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

Reichert seinerseits stellte in seinem Vortrag heraus, bei der Zukunftsgestaltung des ländlichen Raumes müssten neue Strategien in den Vordergrund rücken. Die Infrastruktur müsse man halten und anpassen, die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit besser nutzen, Dorfumbau statt -ausbau betreiben und bürgerschaftliches Engagement fördern.

Geschäftsführerin Gerlinde Augustin verwies auf ein arbeitsintensives und erfolgreiches Jahr, mit 76 Veranstaltungen mit 1823 Teilnehmern und Gästen u. a. aus China und Afrika.

Zu den Schwerpunkten für 2006/2007 gehört der Bereich „Ländliche Entwicklung". Angeboten werden unter anderem „Dorf vital - Vitalitätscheck zur Innenentwicklung", „Vorbereitung auf die Dorfentwicklung", „Leitbildentwicklung in der Dorferneuerung", „Dorfentwicklung zu Ende - wie geht es weiter?", der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - unser Dorf soll schöner werden", „Vorbereitung auf Flurneuordnung, Ländliche Entwicklung und Landschaftspflege". Behandelt werden auch die Umsetzung von integrierten ländlichen Entwicklungsprojekten", „Bauleitplanung und Landwirtschaft", „Neue Bauqualität auf dem Lande" und „Frauen leben auf dem Lande - Frei(t)räume". ❐

## Leserbrief an die GZ

# Bürokratie ohne Ende ...?

Das neue Jahr fing in der politischen Presse gut an. So forderte der Generalsekretär der CSU in der Neujahrs-Ausgabe des Bayernkuriers einen Bürokratie-TÜV. Unsere Landtagsopposition, die SPD will ein „Informationsfreiheitsgesetz". Dabei sollte der freie Zugang aller Bürger zu amtlichen Informationen - sofern es sich nicht um personenbezogene Daten, Betriebsgeheimnisse o. ä. handelt eigentlich selbstverständlich sein. Der Bund hat bereits ein „Umweltinformationsgesetz" seit vergangenem Jahr. Der Haken ist jedoch stets der Datenschutz, d. h. die vorbereitende Abgrenzung bzw. Einschränkung.

Für das beschlossene Konjunkturprogramm der Großen Koalition braucht es für die verschiedenen Bereiche zum Verteilen der 25 Milliarden Euro sicher neue Vorschriften... Warum geht es so weiter?

Bereits im Jahr 2003 hat der Schreiber dieser Zeilen (früher selbst aus der Zunft der Verwaltungsbürokratie) „Richtlinien für weniger Bürokratie" vorgeschlagen (Gemeindezeitung vom 24.Juli 2003). Allerdings ohne Resonanz, oben bei der verantwortlichen Ministerialbürokratie. Wen wundert es, denn diese Herren leben ja von immer mehr Vorschriftenproduktion (einspurige Kreativität).

Politiker aller Couleur: Setzt endlich saftige Prämien für Vorschläge zum Abbau von Vorschriften aus! Der Rat von Altbundeskanzler Schmidt für ein Paragraphen-Abschaffungsprogramm ist erst ein paar Jahre her, aber heute dringender denn je.

Nach wie vor wird, national aber auch EU-weit, eine Vielzahl von kostenverursachenden und leistungshemmenden Standards gepflegt und aufrechterhalten. Die Wirkung vieler Standards (z. B. Kindergartenbau, Hallenbauten, Brücken) belastet vielfach die kommunalen Haushalte. Unser Nachbarland Baden-Württemberg hat durch Aussetzung vieler Vorschriften und durch eine Verwaltungsreform mit mehr Mut als Bayern wieder einmal die Nase vorn.

Die Umsetzung einiger weniger Vorschläge der Henzler-Kommission in Bayern ist für unsere gewerbliche Wirtschaft zwar ein Anfang - aber zu wenig. Der Bund wird nicht umhin kommen das GmbH-Gesetz für kleinere Firmen zu vereinfachen usw.

„Mehr Qualität bei allen Vorschriften" heißt die Maxime. Dazu könnte man in Anlehnung an Söders „TÜV" einen „politischen Überwachungsverein" installieren. Dieser sollte Politiker kontrollieren und sie ggf. verpflichten, ihre Aussagen einzuhalten.

Seit 1984 bin ich ein Mitverfechter von Vorschriftenabbau und Reduzierung von Standards. Bis zum Ende der jetzigen Koalition gebe ich die Hoffnung auf nachhaltige Verbesserungen nicht auf. Auf zum Abbau!

**Hans Eichhorn**
**Bürgermeister a.D.**
**Ehrenkreisvorsitzender Bayer. Gemeindetag Donau-Ries**

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Heinz Steigerwald
97846 Partenstein
am 7.2.

Bürgermeister Erwin Zirch
86477 Adelsried
am 14.2.

Oberbürgermeister
Herbert Hachtel
91541 Rothenburg o.d. Tauber
am 24.2.

Bürgermeister Pankraz Spötzl
84558 Emmering
am 26.2.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Maximilian Wagner
82399 Raisting
am 9.2.

Bürgermeister Wilhelm Liebl
84570 Polling
am 16.2.

Bürgermeister
Alois Pfaffenzeller
86485 Biberach
am 19.2.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alois Schrögmeier
94436 Simbach
am 9.2.

Bürgermeister Gottfried Staufer
95666 Leonberg
am 14.2.

Bürgermeister Josef Osterberger
87767 Niederrieden
am 15.2.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Nickl
95478 Kemnath
am 10.2.

Bürgermeister Eduard Schmid
94545 Hohenau
am 18.2.

Bürgermeister Josef Lechner
86579 Waidhofen
am 18.2.

Bürgermeister Alfons Sittinger
94424 Arnstorf
am 19.2.

Bürgermeister
Andreas Keller jun.
92401 Rottenbuch
am 21.2.

Bürgermeister
Reinhard Hallhuber
97717 Euerdorf
am 23.2.

Bürgermeisterin
Ingrid Pongratz
83714 Miesbach
am 25.2.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Griesbeck
93191 Rettenbach
am 10.2.

Bürgermeister Georg Huber
83256 Chiemsee
am 20.2.

# Bedeutung der privaten Vorsorge nimmt weiter zu

**Demographische Entwicklung führt zu weiteren Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung**

*Von Dr. Harald Benzing, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern*

**Die Versicherungswirtschaft rechnet für die Lebensversicherung im Geschäftsjahr 2005 mit einem Wachstum von etwa drei Prozent. Auch mittel- und langfristig ist von einer gesunden Weiterentwicklung dieser Branche auszugehen. Ein Blick auf die Rahmenbedingungen in Deutschland zeigt, dass es durch den Geburtenrückgang und die stetig steigende Lebenserwartung in den nächsten Jahrzehnten zu einer deutlichen Überalterung der Bevölkerung kommt. So wird im Jahr 2050 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Hälfte der Menschen über 50 sein; ein Drittel wird bereits das 60ste, mehr als ein Zehntel das 80ste Lebensjahr überschritten haben. Der Anteil der unter 20-Jährigen hingegen wird bis 2050 von heute 21 Prozent auf 16 Prozent zurückgehen.**

Die gestiegene Lebenserwartung zeigt auch das folgende Beispiel: Die Versicherungskammer Bayern geht bei ihren Versicherten davon aus, dass von den heute 65-jährigen Frauen mehr als 40 Prozent 95 Jahre und älter werden.

Dr. Harald Benzing. ❐

### Versorgungslücke wächst

Wie wirkt sich diese Zunahme der Lebenserwartung auf den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung und auf das Rentenniveau aus? Nehmen wir das Jahr 2035. Eine Studie von Prof. Birg, Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, aus dem Jahre 1999 hat Folgendes ergeben: Sollte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rente von rund 20 Prozent gleich bleiben, so hätte ein Durchschnittsverdiener ein Rentenniveau von gerade einmal 30 Prozent seines Einkommens zu erwarten. Wenn er wenigstens 50 Prozent Rente beziehen wollte, so müssten die Beiträge auf 30 Prozent ansteigen. Für eine Reform des gesetzlichen Rentensystems gibt es folgende Ansatzpunkte: die Erhöhung des Beitragssatzes, die Senkung des Rentenniveaus oder, ganz aktuell in der Diskussion, die Heraufsetzung des Ruhestandsalters. Der Gesetzgeber hat vor diesem Hintergrund bereits heute eine Reihe von Leistungen gekürzt. Weitere Schritte in dieser Richtung werden folgen. Damit wächst natürlich die Versorgungslücke, also der Unterschied zwischen Arbeitseinkommen und Rente. Diese Lücke kann nur durch zusätzliche Ansparungen im privaten oder betrieblichen Bereich geschlossen werden. Idealer Partner hierfür ist die Lebensversicherung.

### Anteil der Lebensversicherung an der Altersversorgung steigt

Bereits in der Vergangenheit nahm der Anteil der Lebensversicherung an der Altersversorgung der Bevölkerung kontinuierlich zu. Im Jahr 1980 machten die Auszahlungen der Lebensversicherer in Deutschland knapp 9 Prozent der gesetzlichen Renten aus. Im Jahr 2004 kamen bereits über 26 Prozent aus der privaten Versicherungswirtschaft. Dieser Trend wird weiter anhalten. Die Lebensversicherung wird auch in Zukunft einen bedeutenden Anteil an der Altersvorsorge haben. Denn: Keine andere Vorsorgeform garantiert lebenslange Leistungen. Und das wiederum führt dazu, dass der Lebensversicherungsmarkt weiter wachsen wird. Ein zusätzlicher Anreiz zur Anlage in staatlich geförderte Produkte der Lebensversicherung (Rürup und Riester) ist übrigens auch Hartz IV: Die Ansprüche aus diesen Produkten und aus der betrieblichen Altersversorgung dürfen nämlich nicht auf das neue Arbeitslosengeld II angerechnet werden.

### Trend zu Rentenprodukten

Was ergibt sich daraus für die einzelnen Arten der Lebensversicherung? Die klassische Lebensversicherung als Kapitalversicherung wird durch weiterhin bestehende steuerliche Rahmenbedingungen ihre Bedeutung für die Vorsorge behalten. Aber es ist damit zu rechnen, dass sich dieser vor dem Hintergrund der neuen Steuerregelungen reduzieren wird. Der Staat fördert besonders Produkte, die der steigenden Lebenserwartung Rechnung tragen. Das verstärkt den Trend zu Rentenprodukten. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach reiner Risikoabsicherung steigen, um Kürzungen der staatlichen Leistungen bei Tod und Erwerbsminderung auszugleichen. Und nach wie vor überdurchschnittlich wachsen wird die betriebliche Altersversorgung.

In keinem anderen Land ist die Abhängigkeit der Rentner von der Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung so hoch wie in Deutschland. Umso schwerer wiegt es, wenn die gesetzlichen Leistungen abgebaut werden. Der Gesetzgeber bemüht sich deshalb, Anreize zu geben, damit der Einzelne die entstehenden Lücken in seiner Altersvorsorge selbst schließt. So führte die Bundesregierung im Jahr 2001 mit der Riester-Reform Zulagen und steuerliche Förderungen ein, um die Vorsorgebereitschaft auf freiwilliger Basis zu stärken. Der Gesetzgeber behält sich aber vor, dem Bürger eine Versicherungspflicht aufzuerlegen, sollten diese Anreize nicht zu einer ausreichenden Zusatzversorgung auf freiwilliger Basis führen.

Bei der Riester-Rente ergibt sich mit der richtigen Kombination von Zulagen und Steuervorteilen - abhängig vom Einkommen - ein staatlicher Zuschuss für Singles bis zu 40 Prozent der Aufwendungen. Bei Familien mit Kindern sind sogar 80 Prozent möglich. Die Entscheidung für ein Riester-Produkt ist daher bares Geld wert. Die Vorteile der Riester-Rente auf einen Blick: staatliche Förderung, lebenslange monatliche Rente mit der Möglichkeit einer bis zu 30prozentigen Kapitalabfindung bei Rentenbeginn, garantierte Leistungen und Schutz vor einer vorzeitigen Verwertung („Hartz-IV-sicher"). Die Versicherungskammer Bayern bietet hierzu maßgeschneiderte Produkte, die PrämienRente und die PrämienRente Invest, an.

### Große individuelle Vorsorgebereitschaft ohne staatlichen Zwang

Aus Sicht der Versicherungskammer Bayern besteht jedoch nach den Erfahrungen seit Inkrafttreten der Riester-Reform kein Anlass, private Vorsorge zwangsweise durch den Staat zu verordnen. In den ersten drei Jahren seit Einführung der Riester-Rente sind bei Versicherungsunternehmen etwa 3,5 Millionen Riester-Verträge und 11 Millionen Renten- und Pensionsversicherungen abgeschlossen worden. Unberücksichtigt blieben hier die neu abgeschlossenen Kapitallebensversicherungen, obwohl auch diese im Regelfall der Altersvorsorge dienen und häufig verrentet werden. Darüber hinaus verkauften Banken und Fondsgesellschaften weitere 550.000 Riester- Produkte. Diese Zahlen machen die große individuelle Vorsorgebereitschaft der Menschen auch ohne staatlichen Zwang deutlich.

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
eMail: info@gemeindezeitung.de

**Familienreport der Konrad-Adenauer-Stiftung:**

# Buhlen um junge Familien

**Die traditionelle Familie bleibt das mit Abstand wichtigste Modell des Zusammenlebens von Eltern und Kindern. Das zeigen die Daten des jüngsten Familienreports der Konrad-Adenauer-Stiftung. Entgegen der weit verbreiteten These vom Untergang von Ehe und Familie sind drei Viertel aller Eltern-Kind-Gemeinschaften verheiratete Eltern mit Kindern. Allerdings zeigt sich bundesweit eine abnehmende Tendenz, so die Studie. Im europäischen Vergleich gehöre Deutschland zu den Ländern mit der geringsten Haushaltsgröße, dem höchsten Anteil allein Lebender und dem geringsten Anteil an Haushalten mit Kindern.**

Während die Familien die kleinste Haushaltsgruppe stellen, sind die Einpersonenhaushalte mittlerweile mit 37 Prozent die größte Gruppe. Nicht wie vermutet die jungen Menschen, sondern Frauen ab dem 55. Lebensjahr machen einen großen Teil der Single-Haushalte aus. Bedingt durch Scheidung und Verwitwung nimmt diese Gruppe der Frauen mit dem Alter stark zu. Auffallend ist auch, dass das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach in Deutschland nahezu ausgestorben ist. Wenn Familie gelebt wird, dann ist das nur noch auf die Generation der Eltern mit ihren Kindern beschränkt.

Weiterer Trend: Die Senioren leben in Deutschland durchschnittlich bis zu ihrem 80. Lebensjahr in ihren eigenen vier Wänden. Lediglich sechs Prozent der 80- bis 84-Jährigen leben in Pflegeheimen.

### Eigene vier Wände bevorzugt

Erst im Alter von 90 Jahren und mehr steigt ihr Anteil auf 24 Prozent. Allerdings zeigt sich bei Frauen eine andere Entwicklung. Während nahezu zwei Drittel der Frauen mit 75 Jahren alleine in einem Einpersonenhaushalt leben, halten sich drei Viertel der gleichaltrigen Männer in Mehrpersonenhaushalten auf, die meisten in Paarhaushalten. Im Gegensatz zu der Vermutung, dass viele ältere Menschen in Seniorenheime abgeschoben werden, zeigt die Statistik, dass die überwiegende Mehrheit der älteren Menschen bis ins hohe Alter in Privathaushalten lebt.

Heute heiraten junge Menschen nicht nur später, sondern auch weniger als die Generationen vor ihnen. Vor allem die Akademikerinnen und Akademiker weisen die höchste Quote der Ledigen auf. Sieht man sich die Eheschließungen genauer an, so sind gegenwärtig 36 Prozent der Eheschließungen in den alten Bundesländern und 41 Prozent der Eheschließungen in den neuen Bundesländern Folgeehen von geschiedenen Partnern. Die lebenslange Ehe als dominante Lebensform hat an Gewicht verloren. Bemerkenswert ist auch, dass in einigen Großstädten bereits mehr als 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. Bundesweit ist jede zehnte Familie mit Kindern eine ausländische Familie.

### Fehlende Infrastruktur

Im europäischen Vergleich weist Deutschland einen deutlichen Rückstand bei der Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt auf. Derzeit liegt die Erwerbsbeteiligung aller Frauen mit Kindern bei 63 Prozent (West) bzw. 75 Prozent (Ost). Allerdings sinkt der Anteil bei den 25- bis 45-jährigen Frauen in der Familienphase erheblich, was gerade bei den unter 3-jährigen Kindern auf eine fehlende Infrastruktur zurückzuführen ist. Erst wenn das jüngste Kind im Kindergarten ist, steigt die Berufstätigkeit der Mütter auf 60 Prozent; die Zahl erwerbstätiger Mütter steigt auf 70 Prozent, wenn das Kind zwischen sechs und 14 Jahre alt ist.

### Neue Ausrichtung

Die Betreuung der Kinder - vor allem unter drei Jahren - ist in Deutschland noch unzureichend. Wie neuere Untersuchungen zeigen, sind 1,2 Millionen Plätze erforderlich, um der Nachfrage nach Plätzen für unter Dreijährige gerecht zu werden. Weiterhin bieten 80 Prozent der Kindergärten im Westen ausschließlich eine Halbtagsbetreuung an, während im Osten 98 Prozent Ganztagsplätze sind. Ebenso unbefriedigend ist die Hortsituation für Grundschüler: Nur fünf Prozent der Grundschulkinder im Westen und 41 Prozent im Osten haben einen Hortplatz. Allerdings ist dem Familienreport zufolge Bewegung in die Betreuungssituation an den Schulen und Kindergärten gekommen. Die Bundesländer haben begonnen, die Grundschulen in Ganztagsschulen umzuwandeln und Ansätze für eine neue Ausrichtung der Kindergärten mit besserer Bildung und Betreuung sind erkennbar.

### Standortfaktor Familienfreundlichkeit

Grundsätzlich, so stellt die Studie fest, sei zwischen Städten, Gemeinden und Bundesländern ein Wettbewerb entbrannt, der darauf abziele, mit dem Standortfaktor „Familienfreundlichkeit" junge Familien anzuziehen und zu binden. Als unverzichtbar erwiesen sich nachhaltige familienpolitische Akzente durch die Landesregierungen. Ohne ihre Katalysatorfunktion bestehe die Gefahr, dass viele gute Ansätze isoliert voneinander und ohne zukunftssichernde Förderung blieben.

So sorge Bayern bei der Gestaltung des Pilotprojektes „Kommunale Familientische" dafür, dass die Projektergebnisse über die Projektphase hinausführen. Das aus den Projekterfahrungen erwachsene Mini-Handbuch („Leitfaden") zur Methodik kommunaler Familienpolitik lasse zwar Praxisbeispiele vermissen, enthalte aber eine Fülle von Strategien, die für alle Bundesländer nützlich sind.

Schneller als jedes andere Bundesland gehe Bayern in der Landesgesetzgebung auf die Forschungsergebnisse im Bereich der frühkindlichen Entwicklung und auf die Ergebnisse internationaler Studien (IGLU, PISA) ein. Parallel zur Festschreibung des Bildungsanspruches von kleinen Kindern per Gesetz würden landesweit Fortbildungsveranstaltungen für pädagogisches Personal durchgeführt, so dass das Gesetz sofortige Wirkung entfalten kann. **DK**

**Integrationskurse:**

## 2005 in Bayern 16.000 Teilnehmer

„Der gute Start der Integrationskurse in Bayern im Jahr 2005 beweist, dass viele der hier auf Dauer lebenden Ausländerinnen und Ausländer bereit sind, die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration zu erwerben," erklärte Innenminister Dr. Günther Beckstein. Insgesamt haben das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Ausländerbehörden vom 1.1. bis zum 31.12.2005 für über 25.000 Ausländerinnen und Ausländer in Bayern Berechtigungsscheine für die Kursteilnahme ausgegeben. Beckstein fordert, dass auch die bayerischen Großstädte Ausländer mit besonderem Integrationsbedarf verstärkt zur Kursteilnahme auffordern. Knapp 16.000 Personen haben im Jahr 2005 im Freistaat mit einem von über 1.000 Integrationskursen begonnen. ❐

**GZ Kolumne Luitpold Braun**

Liebe Leser

*Kommunale Wirtschaftsförderung war vor 20 oder 25 Jahren nahezu ein Fremdwort. Nur ganz wenige Gemeinden und Landkreise haben sich damit beschäftigt. Vorwiegend waren dies die großen Städte.*

*Seit die Globalisierung voranschreitet ändern sich die Verhältnisse teilweise in atemberaubender Geschwindigkeit. Die Verlagerung vieler Produktionsstandorte in den europäischen Osten, ja sogar nach Fernost, macht es notwendig, mit den Unternehmern und den Unternehmen in engem Kontakt zu bleiben. Bei großen Konzernen ist es üblich geworden, dass verschiedene Betriebsstandorte untereinander um Entwicklungen und Investitionen konkurrieren. Von den kommunalen Genehmigungsbehörden wird dabei eine weitgehende Unterstützung des örtlichen Betriebes erwartet. Daraus folgt, dass oft bis an den Rand des Möglichen Zusagen für die Bauleitplanung oder gar für Genehmigungsbestandteile gemacht werden.*

**Standortpolitik ist Chefsache**

*Dies mag man bedauern, ändern kann man es nicht. Wenn wir wettbewerbsfähig mit ost- und außereuropäischen Standorten bleiben wollen, müssen wir auch zu ungewöhnlichen Maßnahmen greifen. Es genügt nicht mehr, die Unternehmen mit einem gutwilligen, oftmals aber leider einflusslosen Standortförderer zu „beglücken". Die Betriebe erwarten kompetentes Handeln und einlösbare, gesicherte Erklärungen. Daraus folgt, dass Standortpolitik in den allermeisten Fällen Chefsache geworden ist.*

*Bürgermeister und Landräte können sich dieser Entwicklung nicht mehr entziehen. Deshalb sollten sie sich positiv darauf einstellen.*

Ihr
Luitpold Braun

Neujahrsansprache von OB Schaidinger:

# Appell an „Wir-Bewusstsein“

**„Wir brauchen Optimismus und wir hätten ihn schon längst haben dürfen“ betonte Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger in seiner Rede zum Neujahrsempfang in Regensburg. In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt spüre er viel neue Zuversicht. Dabei könne er auch feststellen, dass alten Werten wieder große Bedeutung beigemessen werde.**

Dazu gehöre auch die Rückbesinnung auf ein „Wir-Bewusstsein“, das sich in Deutschland etwas grotesk in dem Ausruf „Wir sind Papst“ zugespitzt habe. Es sei ein wichtiger gesellschaftlicher Motor auch auf kommunaler Ebene, so Schaidinger. „So wichtig Individualität für den Einzelnen und auch für die Gesellschaft ist, so wichtig ist es auch, eben diese Individualität in entscheidenden Augenblicken zurück zu stellen und sie einem gemeinsamen Ziel unterzuordnen. Er sei sich bewusst, dass es jedem viel abverlange, persönliche Egoismen zurückzustellen für ein großes übergeordnetes Ziel, das „Wir sind Regensburg“ heiße.

### Kräfte mobilisieren

Als Beispiel dafür, dass diese Forderung keine Utopie sei und viel bewegt werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen, nannte Schaidinger das Projekt KUNO, bei dem ganz Ostbayern über fünf Millionen Euro an Spenden für eine Kinder-Uniklinik in Regensburg eingebracht habe. Jetzt gehe es darum, auch in anderen Bereichen gemeinsam Kräfte zu mobilisieren, denn Stadt und Region stünden vor einer Vielzahl gemeinsamer Aufgaben. Regensburg nehme dabei immer seine Pflichten als Oberzentrum wahr, stelle Infrastruktur zur Verfügung, sei wirtschaftlicher Motor und kultureller Mittelpunkt.

Das Jahr 2005 nannte Schaidinger „ein Jahr der Konsolidierung“. Trotz schwieriger Ausgangsbedingungen sei es gelungen, keine neuen Schulden zu machen, einen Haushaltsplan für 2006 mit begrenzter Nettoneuverschuldung aufzustellen und die Verwaltung zu reformieren und zu straffen ohne Leistungen zu kürzen. Jetzt könne man wieder Entscheidungen treffen und Pläne in die Tat umsetzen. Damit sei Regensburg im Vergleich zum Bund bereits einen ganzen Schritt weiter. „Wir brauchen nicht zu sanieren, um wieder gestalten zu können, wir finanzieren nicht Vergangenheit, wir finanzieren Zukunft.“

### Belangen der Kommunen gerecht werden

Weil aber Städte und Gemeinden in ihrem Handeln nicht unabhängig seien von den Rahmenbedingungen, die Bund und Länder setzen, engagiere er sich seit einem Jahr an der Spitze des Bayerischen Städtetages dafür, dass die Politik auch den Belangen der Kommunen gerecht werde. Er zitierte dabei Bundespräsident Horst Köhler, der gesagt habe, es sei wichtig, dass die Kommunen mehr Handlungsspielräume, mehr Raum zum Experimentieren und mehr Raum für eigene Lösungen bekämen. Was sie hingegen gar nicht brauchen könnten, seien Bundesgesetze, die Wohltaten verteilen, die die Städte bezahlen müssten.

### Regensburg wächst

„Die Zukunft dieses Landes liegt darin, wieder ein Land der Ideen zu werden, ein wirklich kreatives und innovatives Land“, unterstrich der OB. Was die Stadt dazu beitragen könne, tue sie auch. Unter schwierigen Rahmenbedingungen seien die richtigen Schwerpunkte gesetzt worden. So verpflichte der Blick in die Zukunft dazu, den Wohnungsbau nicht zu vernachlässigen. Mit der Ausweisung neuer Baugebiete, der Fortsetzung der Entwicklungsmaßnahme Burgweinting, der Förderung der Altbausanierung und den Planungen für das Marina-Quartier, das den Osten der Stadt ganz erheblich aufwerten werde, seien wesentliche Schritte zur Schaffung von Baurecht getan und der Wohnungsbau gefördert worden.

Schaidinger: „Dass wir - im Gegensatz zu vielen anderen Städten - zusätzlichen Wohnraum brauchen, bestätigte uns die jüngste Studie der Forschungsinstitute Ipsos und Forsa. Regensburg wächst, und zwar in einem Ausmaß, das mich schon fast ängstigt, wenn es stimmt, dass wir mit einem Bevölkerungszuwachs von 11 Prozent bis zum Jahr 2020 an der Spitze der bundesdeutschen Zuwachsstatistik stehen werden.“

### Familienförderung

Einer der kommunalpolitischen Schwerpunkte liegt Schaidinger zufolge auf der Familienförderung. Dass die Stadt als Arbeitgeber dabei selbst mit gutem Beispiel vorangeht, habe ihr eine Auszeichnung im bayerischen Wettbewerb „Innovative Verwaltung“ eingebracht. Dazu der OB: „Wenn wir nicht wollen, dass die Familie zu einer vom Aussterben bedrohten Spezies wird, dann genügt es nicht, sie in einem Quasi-Reservat unter Schutz zu stellen. Wir müssen handeln, nicht nur aus der zwingenden Einsicht heraus, dass die rapide Überalterung unser Gemeinwesen vor ganz erhebliche Probleme stellt. Familie und Kinder sind ein Wert an sich, nicht nur eine Anti-Überalterungs-Strategie.“

Hans Schaidinger. ❐

### Begabte intensiver fördern

Schulbaumaßnahmen standen laut Schaidinger im vergangenen Jahr in den Investitionsplänen der Stadt ganz vorne. Dies werde in Zukunft so bleiben, versicherte er: „Wir bauen nicht nur Schulen, wir bauen sie auch so, dass sie neue pädagogische Konzepte ermöglichen, von gruppenorientierter Ganztagsbeschulung bis zur Ergänzung der schulischen Arbeit durch pädagogische Maßnahmen, die der Integration dienen. Vor allem in weiterführenden Schulen müssen wir Begabte wieder intensiver fördern.“

### Kulturbewusstsein

Wie der Rathauschef weiter darstellte, wurde „Kultur in Regensburg“ selten so intensiv, aber auch so kontrovers diskutiert wie im vergangenen Jahr. Die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010 „hat auf uns aufmerksam gemacht“. Geblieben sei ein positiv verändertes Kulturbewusstsein.

Auch was die Biotechnologie angeht, schreibe Regensburg „eine Erfolgsstory ohnegleichen“, so Schaidinger. Ab dem Sommer 2006 könnten im BioPark Fraunhofer-Arbeitsgruppen mit der Universität projektbezogen eng zusammenarbeiten. Wichtige Weichen sollen im kommenden Jahr für einen Technologie-Park gestellt werden. Dadurch würden weitere hoch qualifizierte Arbeitsplätze im Bereich der Zukunftstechnologien in einer Stadt geschaffen, die bundesweit im Angebot an Arbeitsplätzen hinter Wolfsburg und Frankfurt am Main auf Platz drei liegt.

### Welterbeliste

Die Stadt Regensburg gehe in das Jahr 2006 mit den berechtigten Hoffnungen, dass das Altstadtensemble im Juli in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen wird, bemerkte der OB. Dieses Prädikat bedeute allerdings auch eine hohe Verpflichtung, gelte es doch, den historischen Stadtkern und gleichzeitig ein lebendiges urbanes Zentrum zu bewahren. Dass es gelungen sei, diese beiden Anliegen miteinander zu vereinbaren, beweise der im vergangenen Jahr geschlossene „Pakt für die Altstadt“, für den die Stadt Regensburg mit dem Stadtmarketing-Preis ausgezeichnet wurde.

### Papstbesuch

Ins Zentrum des öffentlichen Interesses werde Regensburg auch durch den Papstbesuch gerückt. Die Stadt müsse sich dabei solide präsentieren und ihren Facettenreichtum aufzeigen. „Wir sind Regensburg - das wollen wir mit Herzlichkeit und Selbstbewusstsein nach außen tragen“, stellte Schaidinger fest. **DK**

Staatssekretär Georg Schmid:

## 154 neue rechtsfähige Stiftungen in Bayern - Rekord

„Die Zahl der jährlich in Bayern neu errichteten rechtsfähigen Stiftungen hat im Jahr 2005 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 154 neuen Stiftungen wurde sogar der bisherige Rekord aus dem Jahr 2003 mit 142 neuen Stiftungen deutlich übertroffen. Nimmt man die 16 kirchlichen Stiftungen hinzu, beträgt die Zahl der im Jahr 2005 insgesamt anerkannten Stiftungen sogar 170. Bayern liegt damit bei der Zahl der neu errichteten Stiftungen bundesweit weiterhin in der Spitzengruppe. Bei der Gesamtzahl der Ende 2005 im Freistaat registrierten Stiftungen liegt Bayern bundesweit sogar mit Abstand an der Spitze“, teilte Staatssekretär Georg Schmid mit. Fast alle der in Bayern registrierten Stiftungen verfolgen gemeinnützige Zwecke und erfüllen insbesondere soziale, kulturelle und wissenschaftliche Aufgaben. ❐

Münchner Handwerksmesse:

# Neues Konzept, klare Gliederung

**Gesamtumsatz der GHM 18,3 Millionen Euro**

**München. Das Zugpferd der Münchner Gesellschaft für Handwerksmessen (GHM) die Internationale Handwerksmesse, präsentiert sich in diesem Jahr mit neuem Gesicht: Wie Franz Reisbeck, Geschäftsführungsvorsitzender bei der Jahrespressekonferenz berichtete, sollen die Besucherströme in die Segmente Profi- und Privatpublikum getrennt werden. Davon verspricht sich die GHM nicht nur mehr Transparenz, sondern auch die Erschließung neuer Interessengruppen.**

Die Internationale Handwerksmesse findet heuer vom 16. bis 22. März in München-Riem statt. Gleichzeitig läuft die Gartenmesse, die erstmals auf sieben Tage ausgedehnt wird. Zum ersten Mal, an den letzten vier Tagen der IHM wird die Hoga, Fachmesse für Hotellerie, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung veranstaltet, die sich an Metzger, Bäcker und Konditoren richtet. Die größte Sonderschau, die EXEMPLA, wird sich dem Thema „Handwerk im Dienste der kulinarischen Genüsse“ widmen.

Zum traditionellen Spitzengespräch der deutschen Wirtschaft debattieren die Repräsentanten von BDA, BDI, DIHT und ZDH am 17. März erstmals mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Tags zuvor wird Handwerkspräsident Otto Kentzler einen mittelstandspolitischen Dialog mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos führen.

Das Messejahr 2006 setzt sich im April fort mit der IFH/Intherm vom 5. bis 8. April in Nürnberg. Diese euroregionale Fachmesse für Sanitär, Heizung und Klima kann auf eine 30-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Die Weltmesse iba 2006 wird vom 3. bis 9. Oktober in München veranstaltet. Sie sei die Leitmesse des Bäckerhandwerks, betonte Reisbeck. Man erwartet dieses Jahr 900 Aussteller aus fünf Kontinenten und Besucher aus 100 Ländern. Zum vierten Mal organisiert die GHM den Ableger Bakery China vom 17. bis 19. Mai, die erstmals ins neue Messezentrum von Shanghai verlegt wird. Traditionell wird das Messejahr im Dezember mit der Heim + Handwerk geschlossen. Parallel wird die FOOD&LIFE veranstaltet, die sich laut Reisbeck als Shooting-Star entpuppt hat.

Was das zurückliegende Messejahr 2005 betrifft, ist die Messeleitung mit dem Ergebnis zufrieden. Auf dem Programm standen vier Veranstaltungen in München, je eine Gastveranstaltung in Leipzig und Nürnberg und eine Fachmesse in Shanghai. Im Inland wurden 3.475 Aussteller und über 360.000 Besucher betreut. Der Gesamtumsatz erreichte 18,3 Mio. Euro (Vorjahr: 24,2 Mio.). Für 2006 erwartet Reisbeck, eine Umsatzsteigerung. **E. Scholl**

## Kein Freibrief ...

(Fortsetzung von Seite 1)

abgestellt werden. Kriterien, die für eine Umgehung sprächen, dürften etwa sein

- Ausleihe der Leiharbeitnehmer nur an ein einziges Unternehmen, das sämtliche Anteile an der Servicegesellschaft hält, oder seine Tochterunternehmen
- Zeitlich enger Zusammenhang zwischen Gründung der Servicegesellschaft, Übernahme abgrenzbarer Teile der Mitarbeiter und Ausleihe an das abgebende Unternehmen
- Gemeinsames Betriebsgebäude von Servicegesellschaft und entleihendem Unternehmen
- Personalidentität der Organmitglieder
- Dauerausleihe schon bisher im Mutterunternehmen beschäftigter Arbeitnehmer an dieses auf denselben Arbeitsplätzen.

Hierzu liegen teilweise arbeitsgerichtliche Entscheidungen vor.

### Arbeitsmarkt tabu

Das in der Literatur zur Vermeidung des Umgehungsvorwurfs empfohlene Tätigwerden der (kommunalen) Servicegesellschaft am (Arbeits-)Markt dürfte, so der BKPV regelmäßig im Hinblick auf den kommunalen Aufgabenbereich und das Wettbewerbsrecht Probleme aufwerfen.

Abschließend rät der Prüfungsverband bei der Gründung von Servicegesellschaften „grundsätzlich zur Vorsicht“. **mhb**

## Post vom Amt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

jekt „Bürgerfreundliche Verwaltungssprache“, das die RUB-Forscher in den Jahren 2000 und 2001 mit vier Bochumer Ämtern durchführten. Hier heißt es seitdem z.B. statt „Rechtsbehelfsbelehrung“ einfach „Ihre Rechte“ - bedeutet dasselbe, ist aber verständlicher. „Das Projekt hat so großen Anklang gefunden, dass wir noch heute Anfragen aus ganz Deutschland bekommen“, so Michaela Blaha. Diese Hilfegesuche so nebenbei zu bearbeiten ist unmöglich - Umformulierungen müssen nicht nur gefunden, sondern auch durch einen Juristen geprüft werden, bevor sie in amtliche Schreiben übernommen werden können. „Es ist z.B. rechtlich betrachtet etwas ganz anderes, ob da steht ‚Sie können Widerspruch einlegen’ oder ‚Sie können widersprechen’“, erklärt Michaela Blaha. Um dem Bedarf begegnen zu können, ersannen die Spezialisten das Online- Angebot IDEMA (Internet-Dienst für eine moderne Amtssprache).

Kommunen, die sich dazu anmelden, nehmen für fünf Jahre am Projekt teil und zahlen je nach Größe für die gesamte Zeit einmalig zwischen 500 und 10.000 Euro. Dafür können sie sich jederzeit einloggen und ihre Fragen loswerden. Für einzelne Stichwörter schlägt das Online-Wörterbuch dann eine Alternative vor und verlinkt nach Möglichkeit auf ein entsprechendes Originaldokument. Die Grundlage ist aus dem Bochumer Projekt vorhanden, der Rest wächst mit der Zeit. Für schwierige Fragen ist eine Hotline geplant.

Die Forscher hoffen auf eine möglichst große Teilnehmerzahl. „Je mehr Städte und Gemeinden teilnehmen, desto reichhaltiger wird die Datenbank und desto schneller können auch Anfragen beantwortet werden“, so Blaha. Die Stadt Bochum ist schon als erste Teilnehmerin dabei. Derzeit werden 700 Kommunen angeschrieben. Jede Kommune aber kann sich auf der Projektseite http://www.rub.de/ idema über das Projekt informieren und sich dort zu einer Teilnahme anmelden.

**Kontakt:**

Prof. Dr. Hans-Rüdiger Fluck und Michaela Blaha, Germanistisches Institut der Ruhr-Universität, 44780 Bochum, Tel. 0234/32-25099/-27016, eMail: idema@rub.de; http://www.ruhr-uni-bochum.de/idema . ❐

## Die Investitionskraft wird ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Faltlhauser sprach von ebenso mühsamen wie fairen Verhandlungen, die im Ergebnis zu einer Verschiebung der Grenzen zwischen Staat und Kommunen zu deren Gunsten führen.

### Kein einziger Dissenspunkt

Mit genauen Zahlen war der Minister mit Rücksicht auf den noch ausstehenden Kabinettsbeschluss sparsam. In den Ministerrat gehe er jedoch „mit keinem einzigen Dissenspunkt“.

Vorrangig werde durch Erhöhung der Schlüsselmasse von 11,54 auf 11,6 % die kommunale Investitionskraft gestärkt. 40 Millionen Euro seien für den Schulbau vorgesehen, 30 Millionen für Abwasser-, insbesondere Kleinkläranlagen, 24 Millionen für Straßenbau und -unterhalt, 6 Millionen Euro für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und 20 Millionen Euro als Investitionspauschale. Für kleine Gemeinden werden die Schlüsselzuweisungen um 17 Millionen Euro aufgestockt. Insgesamt steigen sie auf 2,06 Milliarden Euro. Der Sozialhilfeausgleich an die Bezirke konnte „auf hohem Niveau gehalten“ werden, wie es in einer Presseerklärung hieß.

Kein Verhandlungsgegenstand war und bleibt laut Faltlhauser das Büchergeld. Bei den Kosten für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach Hartz IV sei Bayern das einzige Land, das einen Ausgleich zwischen den Gemeinden als Gewinner oder aber Verlierer dieser Reform versuche. „Wir haben dafür 50 Millionen in die Hand genommen.“ Die Mehr- oder Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer werden bei der Verteilung der Schlüsselmasse berücksichtigt, so dass Verluste ziemlich genau ausgeglichen würden. Berechnungsbasis sei immer die Finanzkraft einer Gemeinde.

### Eigene Schwerpunkte und 15 Prozent Investitionsquote

Ach bekannte sich zu dem von Faltlhauser nochmals betonten Grundsatz, ab 2006 keinen Cent neue Schulden zu machen, kündigte indessen an, die Fraktion werde durch Verschiebungen zwischen den Etats der einzelnen Fachressorts noch eigene Schwerpunkte setzen. Alles in allem werde man sich bemühen, die Investitionsquote im Gesamthaushalt von jetzt 12,6 % wieder auf 15 % zu steigern.

Der Finanzminister sah schon schwaches Licht am Horizont. Er rechnet heuer mit steigenden Steuereinnahmen. Im Nachtrag 2006 müsse er deswegen wohl nur noch 800 Millionen statt einer Milliarde Euro durch Einsparungen, Darlehensrückforderungen und Privatisierungserlöse decken. Die dürften aber nicht „konsumiert“ werden.

Die Struktur des Haushalts und des Finanzausgleichs soll nach Ankündigungen beider Politiker für die kommenden Doppelhaushalte ab 2007/08 in einer Arbeitsgruppe mit den Kommunen überprüft werden. Dies werde „eine sehr schwierige Aufgabe“ sein.

Am Spitzengespräch im Finanzministerium nahmen neben dem Minister sein Staatssekretär Franz Meyer, Innenminister Dr. Günther Beckstein, Manfred Ach und die vier Verbandsvorsitzenden Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Landrat Theo Zellner und Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein teil.

Ministerpräsident Edmund Stoiber bezeichnet die Einigung über den Finanzausgleich als Ausdruck einer fairen Partnerschaft zwischen Staatsregierung und Kommunen. Der 5,7 Milliarden-Euro-Pakt „ist ein großer gemeinsamer Erfolg“. Dieses Miteinander auf allen politischen Ebenen sei „ein wesentlicher Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt in Bayern.“ **rm**

Reform des Kommunalen Haushaltsrechts:

# Freiwillige Einführung der Doppik

**Informationstagung des Bayerischen Landkreistags für Kämmerer und Landräte**

**„Die Reform des Kommunalen Haushaltsrechts" lautete das Thema einer Informationstagung des Bayerischen Landkreistags für Kämmerer und Landräte in Landshut. Dabei verwies Armin Thoma vom Bayerischen Landkreistag darauf, dass es dazu im Freistaat derzeit keine einheitliche Haltung gibt.**

Der Bayerische Ministerrat hatte sich bereits im Sommer für die freiwillige Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) im kommunalen Rechnungswesen ausgesprochen. Damit wurde der Vorschlag des Vorstands des Bayerischen Städtetags abgelehnt, der dafür plädiert hatte, die Doppik für alle Städte und Gemeinden vorzugeben. Zugleich hatte der Verband die Beteiligung des Freistaates an den Umstellungskosten gefordert. Der Ministerrat hatte eine solche Kostenbeteiligung abgelehnt, weil momentan keine finanziellen Spielräume dafür bestünden.

## Rechtlicher Rahmen

Das Innenministerium geht von folgenden Eckpunkten für die Einführung eines neuen kommunalen Rechnungswesens aus: Für die kaufmännische Buchführung der Kommunen wird ein rechtlicher Rahmen geschaffen. Die Alternative „erweiterte Kameralistik" wird derzeit zurückgestellt. Ob die geltende Kameralistik unbegrenzt weitergeführt werden darf, ist zu gegebener Zeit - wann immer das sein wird - zu entscheiden. Zunächst können die Kommunen zwischen der Kameralistik und dem doppischen System wählen.

## Freiwilligkeitsphase

Trotz einer „Freiwilligkeitsphase" sind Thoma zufolge bereits erste kommunale Umsetzungen - unter anderem in Hallbergmoos, Putzbrunn, Königsbrunn, Nürnberg und München - zu verzeichnen.

In diesem Jahr werden laut Thoma die Landkreise Ebersberg und Mühldorf a. Inn folgen, in Planung für 2007 sind Amberg-Sulzbach, Passau, Bamberg, Landsberg/Lech, Schweinfurt und Neu-Ulm, für 2008 Bad Tölz-Wolfratshausen, Freising, Rottal-Inn, Roth, Miltenberg und Würzburg.

## Keine finanzielle Unterstützung

Nach Thomas Darstellung haben die Kommunen keine finanzielle Unterstützung bei der Umstellung des Rechnungswesens zu erwarten; es sei lediglich mit einer Unterstützung durch rechtliche Regelungen zu rechnen.

Als Zwischenergebnisse des Bayerischen Innovationsrings nannte Thoma die Abstimmung über die Handhabung der Vermögenserfassung und -bewertung (vorsichtige Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten, Veränderung des Bewertungsstichtags 1.1.1990, Veränderung der Vorgaben für die Bewertung der Kreisstraßen, steuerliche Abschreibungstabellen) sowie den gemeinsamen Kontenplan als Buchungsgrundlage (Orientierung am Kontenrahmen II/1 der Innenministerkonferenz und an den Vorgaben des NKF-Konzepts aus Nordrhein-Westfalen, Einbeziehung der Vorgaben des Statistischen Bundesamts vom Juli 2005).

## Muster-Kontenplan

Nach der Vorlage des Entwurfs eines Muster-Kontenplans für doppisch buchende Landkreise und dem Vortrag von Holger Meidel zum Thema „Neues Kommunales Finanzwesen Bayern - Entwicklung und Umsetzung der Bewerbungsrichtlinie Bayern" zeigte Hermann Arndt Lösungen der AKDB für das NKF auf.

Arndt zufolge entwickelt und pflegt die AKDB mit ihren über 110 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Anwendungsverfahren und betreut ihre über 1.000 Kunden der Finanzverfahren. Die Anstalt verstehe sich als „langfristig zuverlässiger Partner der Kommunen". Kundenorientierung habe im AKDB-Zielsystem einen hohen Stellenwert. Als der führende Anbieter von Kommunalsoftware in Deutschland biete das Unternehmen seinen Kunden ein breites Spektrum an Anwendungsverfahren „aus einer Hand" einschließlich der erforderlichen Datenintegrationen. Ein breites Verwaltungs- und IT-Wissen gewährleisteten Qualität und Innovation.

## Gemeinsame Module

Arndt betonte, dass Service-Rechenzentrumslösungen im Rahmen des heutigen kameralen Rechts bis zum Ablauf eventueller Übergangsfristen zur Verfügung stehen. Das Gleiche gelte für das HKR-Angebot im Rahmen von OK.FIS. Die „gemeinsamen" Module könnten im Zusammenhang mit dem zentralen/teildezentralen Verfahrensangebot, mit OK.FIS HKR sowie OK.FIS NKFW (Finanz-Informationssystem „Kommunale Doppik") genutzt werden.

**Im Bereich des Finanzwesens gibt es laut Arndt folgende neue Angebote:**

⇨ Digitale Archivierung von Belegen zu Anordnungen

- Ohne Anbindung an ein Archivsystem (Online-Belegauskunft) mit dem teildezentralen Verfahren)
- Mit Schnittstelle zu Easy-Archiv (teildezentrales Verfahren und OK.FIS)

⇨ Abwicklung Büchergeld mit ZAS-FeEPlus (mit Übernahme von Daten aus SVS) oder OK.FEN

⇨ Komfortable Datenerfassung mit der neuen „Zentralen Vorgangsbearbeitung" (im Einsatz für Fleischbeschau, USG, in 2006 auch für HKR verfügbar - Wegfall der bisherigen Belegerfassung)

⇨ Schnittstelle zu Kassenautomaten (OK.FIS)

OK.FIS NKFW könne autonom, im Service-Rechenzentrum oder im Outsourcingbetrieb eingesetzt werden. Die Gewährleistung des entsprechenden Datenschutzes und der Datensicherheit sei in OK.FIS NKFW selbstverständlich.

**Besondere Merkmale von OK.FIS NKFW sind:**

⇨ Ausschließlich an den Bedürfnissen der öffentlichen Verwaltung orientiert

⇨ Drei-Komponenten-Rechnung ohne zusätzlichen Buchungsaufwand (gesteuert über Kontenplan/Stammdaten)

⇨ Staatshaushalt integriert

⇨ Sach- und Personenkosten (Debitoren- und Kreditoren) nicht getrennt

⇨ Konten- und Produktinformationen im primären Buchungsstoff, keine weiteren Verfahrensteile notwendig

⇨ Kosten- und Leistungsrechnung OK.FIS KLR kann frei von Anforderungen des Finanzwesens genutzt werden.

⇨ Über Voreinstellungen Erleichterung bei der Umstellung, einfache Handhabung und Vermeidung von Buchungsfehlern

⇨ Anlagen bzw. Vermögensbuchführung integriert mit kameralistischer und doppischer Buchhaltung („kamerales und doppisches Buch"). **DK**

DSTGB-Dokumentation:

# Mit starken Kommunen Aufschwung und Reformen

**Bedrohliche Lage der Kommunalfinanzen abwenden - Arbeitsmarktreform fortsetzen**

**Für eine sichtbare Kommunaloffensive hat sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund ausgesprochen. Die neue Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass endlich wieder mehr Arbeitsplätze vor Ort entstehen. Nur so könne das notwendige Hoffnungssignal für einen Aufschwung die Bürger und Bürgerinnen erreichen, heißt es in einer DSTGB-Dokumentation mit dem Titel „Mit starken Kommunen Aufschwung und Reformen".**

Zum Jahreswechsel 2005/2006 rechnen die Städte und Gemeinden mit einem Defizit von rund 5,5 Milliarden Euro in ihren Kassen. Damit fehle der notwendige Spielraum für wichtige Investitionen, eine verbesserte Ausstattung der Schulen und Kindergärten sowie die notwendige Sanierung von Straßen, Wegen und Plätzen.

Zwar sei die Gewerbesteuer von 22,7 Mrd. Euro (netto) auf netto 24,8 Mrd. Euro gestiegen. Allerdings profitierten insbesondere davon nur wenige, besonders wirtschaftsstarke Kommunen. Die Mehrheit der über 12.000 Städte und Gemeinden sei überwiegend auf den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (20,0 Mrd. Euro) angewiesen, der auf niedrigem Niveau stagniert. Zusätzlich hätten die Länder auf Grund ihrer angespannten Haushaltslage die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen um über 5 % auf nur noch rund 11 Mrd. Euro gekürzt. Daraus erkläre sich auch, dass die kommunalen Investitionen erneut gesunken sind und im Jahre 2005 bei ca. 17,5 Mrd. Euro liegen werden, mithin ca. 45 % unter dem Niveau von 1992. Als besonders bedrohlich stelle sich hierbei die Explosion der Kassenkredite dar, die um ca. 23 Prozent angestiegen seien und ein Rekordhoch von 23,7 Mrd. Euro erreicht haben.

DSTGB-Präsident Roland Schäfer fordert in diesem Zusammenhang eine Kommunalverträglichkeitsprüfung bei allen Gesetzesvorhaben. Der vorgesehene Bürokratie-TÜV, der künftig alle Gesetze auf ihre Kosten hin überprüfen soll, sei ein richtiger Ansatz. Hier müsse die Regierung aber noch einen Schritt weitergehen: „Wir erwarten bei jedem Gesetz eine konkrete Gesetzesfolgenabschätzung. Wie wirkt sich das Gesetz auf die Kommunen aus, schafft es neue Arbeitsplätze und welche Kostenfolgen erzeugt es für welche Ebene mit welcher Kostenregelung?"

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt im Hinblick auf die dramatische Haushaltssituation von Bund, Ländern und Gemeinden vor neuen Leistungsversprechungen. So sei die im Koalitionsvertrag angekündigte Verbesserung bei der Kinderbetreuung zwar politisch wünschenswert, aber ohne eine dauerhafte Finanzreglung inhaltsleer.

Die Kommunen plädieren für eine konsequente Fortsetzung der Arbeitsmarktreform. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sei richtig gewesen. Nach wie vor bleibe der Bund in der Verantwortung für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Auch sei es vernünftig gewesen, die von manchen geforderte Kommunalisierung nicht umzusetzen. Die Kommunen seien bereit, ihre besondere Kompetenz vor Ort einzusetzen und einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu leisten. Der DStGB begrüßt in diesem Zusammenhang die Aufnahme seiner Vorschläge zur Änderung bei Hartz IV. „Wir müssen jetzt schnell dafür sorgen, dass das Arbeitslosengeld II für Kinder reicher Eltern gestrichen wird und dass es nicht ohne weiteres Unterkunftskosten für unter 25-jährige gibt, die alleine leben wollen", betont Schäfer. Zusätzlich müsse die Explosion der Bedarfsgemeinschaften durch eine Beweislastumkehr bei Partnern, die zusammenleben (Vermutung für die Lebensgemeinschaft), wirksam eingedämmt werden.

Zugleich warnt der DSTGB davor, nur mit Änderungen bei Hartz IV drastische Einsparergebnisse erzielen zu wollen. Die Sozialkosten könnten nur gesenkt werden, „wenn es endlich mehr Jobs in Deutschland gibt". Dazu werde insbesondere eine verbesserte Investitionskraft der Kommunen benötigt. Handwerk und Mittelstand seien auf die Aufträge der Kommunen dringend angewiesen. **DK**

# Knöllchen für die Haushaltssanierung

**Wirtschaftsjurist hält die kommunale Finanzplanung in Deutschland für verfassungswidrig**

**Alle Geldbußen oder verfahrensrelevanten Zahlungen dürfen nach Ansicht des Rechtsexperten Horst Mirbach nicht für Zwecke verwandt werden, für die üblicherweise Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.**

Geldbußen füllen in immer stärkeren Maße die Kassen der Kommunen und werden als Instrument zur Haushaltssanierung eingesetzt. „Das hat vor allem in den vergangenen zehn Jahren der Haushaltsenge zu einer sachlich nicht begründbaren, unangemessenen Intensivierung der Verfolgung von Bagatelldelikten durch Ordnungsbehörden zum Zwecke der Einnahmenverbesserung geführt. Zum Teil werden dem Personal sogar Prämien ausgelobt oder extra Personal eingestellt, um von dieser Einnahmequelle profitieren zu können. Hierdurch wird die notwendige Neutralität des Handelns der Behörden und ihrer Mitarbeiter gefährdet und das Ansehen von Verwaltung und Rechtsprechung beschädigt", so Mirbach. Der Bad Honnefer Wirtschaftsjurist und Vorsitzende der „Aktion Gewerbefreiheit" hält die Haushaltspolitik, Bußgelder im voraus als Finanzquelle einzuplanen, für verfassungswidrig.

Besonders ärgerlich sei die Knöllchenpolitik der Kommunen für den mittelständischen Einzelhandel, bemerkt Markus Mingers vom Gewerbeverein Bonner Südstadt. „Es kann nicht sein, dass die kurzsichtigen Finanzinteressen der Stadtkämmerer bei der Parkraumbewirtschaftung die Kunden immer stärker zu Discountern und Einkaufzentren treibt, weil man dort große Parkplätze bietet und keine Knöllchen zu befürchten hat".

Er fordert von der Kommunalpolitik eine stärkere Unterstützung, um die Stadtzentren zu vitalisieren. „Im Gegensatz zu Aldi, Lidl, Norma und Co. zahlen die kleinen und mittleren Einzelhändler Gewerbesteuer, schaffen Ausbildungsplätze und bieten eine qualifizierte Einkaufsberatung. Von den Rathäusern müssen mehr Initiativen ausgehen, wenn es um Parkplätze, Betriebsgenehmigungen oder Anträge geht. Sonst kann man die Konsumentenabwanderung zur 'Grünen Wiese' nicht aufhalten".

Nach Untersuchungen von Wirtschaftsforschern arbeiten Mittelständler rund 230 Stunden im Jahr nur für Behörden und Statistiken. „Betriebswirtschaftlich geht da jährlich ein ganzer Monat verloren", monierte Mingers. Statt die Innenstadt für den Einzelhandel attraktiver zu gestalten, beschäftigen sich die politisch Verantwortlichen mit bürokratischen Zwangsmaßnahmen gegen Unternehmer, Autofahrer, Hausbesitzer oder Hundebesitzer", sagte Mingers. ❐

**Freistaat bekommt Spitzenbewertung für seine Haushalts- und Finanzpolitik:**

# Bestnote für Bayern

**Stoiber: „Solide Finanzen zahlen sich ganz konkret für Bürger aus - Qualitätssiegel bringt für Bayern bares Geld“**

**Die international renommierte Rating-Agentur Standard& Poor’s hat das neue Bayern-Rating abgeschlossen. Bayern ist das einzige Land in Deutschland, das für seine Leistungsfähigkeit und seine Finanzkraft die Spitzenbewertung „AAA - Ausblick stabil“ bekommt. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bezeichnete das Ergebnis des neuen Ratings als absolutes Qualitätssiegel für Bayern.**

Stoiber: „Das Rating ist wie eine Zeugnisnote: Bayern hat für seine Haushalts- und Finanzpolitik heute eine Eins mit Stern bekommen. Bayern ist bei Bonität und Ansehen Top-Standort in Europa. Die Spitzennote beim Bayern-Rating ist das Signal für Wirtschaft und Banken: Bayern ist als Standort weltweit in der ersten Reihe. Dieses hohe Vertrauen der Wirtschafts- und Finanzwelt für Bayern ist eine klare Bestätigung unserer Dreifachstrategie ‘Sanieren, Reformieren, Investieren’. Die Bürger in Bayern können stolz darauf sein, dass unser Land als Wirtschaftsstandort in einer Reihe mit den weltweit leistungsstärksten Regionen steht.“

## Unter weltweit führenden Wirtschaftsregionen

Der Rating-Spezialist von Standard&Poor’s Thomas Fischinger betont in seiner Analyse, dass Bayern mit der Spitzenbewertung ‘AAA - Ausblick stabil’ zu den weltweit führenden Wirtschaftsregionen gehört. Von 304 außerhalb der USA bewerteten Regionen haben lediglich 26 wie Bayern die Bestnote erhalten. Die Topeinstufung Bayerns spiegle die soliden Ergebnisse der Finanzpolitik und die sehr starke Wirtschaft Bayerns wieder. Fischinger: „Die Schuldenlast Bayerns bleibt im internationalen Vergleich moderat und gemessen an deutschen Standards sogar niedrig. Die starke Leistung Bayerns stützt sich vor allem auch auf stabile politische Verhältnisse, eine sehr leistungsfähige Verwaltung, eine gute Infrastruktur des Landes und eine nach wie vor hohe Investitionsquote. Bayern hat die laufenden Ausgaben sehr gut im Griff und kann im Gegensatz zu anderen Ländern Geld in die Zukunft investieren. Der Ausblick „stabil“ zeigt, dass die Erwartungen von Standard&Poor’s dahingehen, dass das Land Bayern weiterhin solide Wirtschafts- und Finanzergebnisse vorweisen wird.“

## Bares Geld

Die Bestnote im internationalen Wirtschafts-Rating bringt nach den Worten Stoibers für Bayern bares Geld. Stoiber: „Bayern kann mit dem Spitzenrating im Vergleich zu allen anderen Ländern zu den besten Konditionen auf den internationalen Finanzmärkten agieren. Bestehende Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit können wir durch das Spitzenrating zu günstigeren Konditionen finanzieren. Bestes Beispiel ist der neue sogenannte Bayern-Jumbo, der ganz aktuell im Haushalt 2006 zu Einsparungen von acht Millionen Euro führt.“

## Zinseinsparungen

Der Verzicht auf neue Schulden zahle sich zusätzlich in barer Münze aus, weil Bayern schon im Jahr 2006 200 Millionen Euro Zinsen spart, die in die Politikgestaltung fließen. „Diese 200 Millionen Euro sind die Rendite des sorgsamen Umgangs mit dem Geld der Bürger, die in den kommenden Jahren noch weiter steigen wird. Das ist genau die Linie unserer Politik: keine neuen Schulden, weniger Zinsen und damit mehr Geld für Investitionen. Die Spitzennote für Bayern steigert unmittelbar die Attraktivität unseres Landes für international tätige Investoren“, so Stoiber. „Wer Geld in die Hand nimmt und investiert, sieht sich das wirtschaftliche und soziale Umfeld sehr genau an. Stabilität, Seriosität und Verlässlichkeit sind Rahmenbedingungen, die Unternehmen schätzen. Die Top-Bewertung Bayerns ist weltweit eine glänzende Visitenkarte für neue Investitionen, Aufträge und Arbeitsplätze.“

## Positiver Ausblick

Besonders wichtig für Bayern ist der stabile positive Ausblick der Analysten, betonte Stoiber. „Bayern hat in den letzten Jahren die Grundlagen gelegt, um auch in Zukunft wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt erfolgreich zu verbinden. Wir haben in Bayern unsere Hausaufgaben gemacht. Die großen Anstrengungen, die wir unternommen haben, machen sich jetzt für die Bürger und das Land bezahlt.“ Bereits im Jahr 2006 kann Bayern ganz konkret neue Impulse setzen. Stoiber: „Wir werden mit neuen Lehrern in eine gute Bildung unserer Kinder investieren. Im nächsten Schuljahr werden an unseren Schulen einige hundert Lehrer mehr als bisher geplant unterrichten. Und wir wollen 2006 das Engagement in unseren Sportvereinen für Kinder und Jugendliche stärken. Die Förderung unserer Sportvereine, die einen großen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in Bayern leisten, soll um rund ein Drittel auf knapp 17 Millionen Euro aufgestockt werden.“

## Bayern in Pole-Position

Stoiber sieht Bayern klar im Vorteil bei der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren. Stoiber: „Bayern steht beim Wirtschaftsaufschwung in Deutschland, der sich klar abzeichnet, auf der Pole-Position. Die Zeichen in Deutschland stehen auf Aufschwung. Bayern wird ganz besonders davon profitieren, wenn die reale Lage in Deutschland zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder einmal besser ist als die Wirtschaftsprognosen.“ Der Bund und die Länder fangen jetzt erst an, die notwendigen Reformen einzuleiten, so Stoiber. Mit der zukunftsgerichteten Politik sei Bayern hier einige Schritte voraus. Stoiber: „Während man woanders erst beginnt, die Neu-Schulden zu reduzieren, können wir in die Zukunft investieren. Es ist ein Riesenvorteil für die Bürger, wenn wir Mehreinnahmen aus einem Wirtschaftsaufschwung in die Zukunft unseres Landes stecken können. Der Bund und andere Länder müssen stattdessen höhere Einnahmen in die Reduzierung der Neu-Verschuldung geben.“

## Spitzenreiter beim Wirtschaftswachstum

Die Top-Bewertung Bayerns ist nach den Worten Stoibers auch eine klare Absage an alle, die immer noch glauben, dass mit Schulden bessere Ergebnisse erreicht werden können. Stoiber: „Politik gestalten kann sich heute nicht allein darin erschöpfen, Geld auszugeben, das man gar nicht hat. Das Erfolgsrezept für Bayern ist unser konsequenter Kurs der Haushaltssanierung in Verbindung mit Zukunftsinvestitionen.“ Bayern hat als einziges westdeutsches Land weniger Arbeitslose als vor einem Jahr, ist in den letzten zehn Jahren mit großem Abstand Spitzenreiter beim Wirtschaftswachstum und hat eine Investitionsquote auf konstant hohem Niveau, die noch gesteigert werden soll. Stoiber: „Die Ergebnisse unserer Politik zeigen: Der sorgsame Umgang mit dem Geld der Bürger zahlt sich aus und schafft Gestaltungsspielräume für Zukunftsfelder wie Bildung, sozialen Zusammenhalt, Wissenschaft oder Infrastruktur. Diesen Weg für Bayern werden wir weiter gehen.“

## Herausragende Stellung

Finanzminister Faltlhauser betonte die herausragende Stellung Bayerns beim Wirtschafts-Ranking: „International bekommen nur sehr wenige Top-Unternehmen und grundsätzlich nur die wirtschaftsstärksten Nationen von Standard & Poor’s die absolute Spitzennote ‚AAA’. Alle deutschen Länder sind schlechter geratet als Bayern. Baden-Württemberg hat AA+, Hessen und Sachsen AA und alle übrigen Länder - soweit geratet - nur AA. Das Rating der übrigen Länder würde ohne Berücksichtigung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs noch ungünstiger sein.“

## Spitzenplätze bei allen entscheidenden Kennziffern

Faltlhauser hob hervor, dass Bayern bei allen entscheidenden Kennziffern Spitzenplätze belegt. So liege die Pro-Kopf-Verschuldung (2005) in Bayern bei nur 1.852 Euro. Der Durchschnitt bei den übrigen West-Flächenländern sei dem gegenüber mit 5.392 Euro fast dreimal so hoch. Die Investitionsquote (2005) im Freistaat liege bei 11,4 Prozent. In den West-Flächenländern liege der Durchschnitt hingegen nur bei 8,9 Prozent. Besonders deutlich werde der Erfolg der soliden bayerischen Finanzpolitik beim Anteil der Schuldzinsen an den Staatsausgaben. Wegen der niedrigen Verschuldung müssten in Bayern lediglich 3 Prozent der Ausgaben für Zinsen bereitgestellt werden. Dem gegenüber gehen bei den übrigen West-Flächenländern insgesamt 8,9 Prozent für Zinszahlungen verloren. Beim Maastricht-Kriterium steht Bayern einschließlich seiner Kommunen mit 0,6 Prozent (2004) glänzend da, während Deutschland im Jahr 2005 mit voraussichtlich 3,5 Prozent die wichtige 3-Prozent-Marke zum vierten Mal in Folge verfehlt.

Bayern hat sich erstmals 1998 raten lassen. Dabei werden jährlich die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage des Freistaates Bayern sowie die absehbare künftige Entwicklung untersucht. Der Rating-Katalog geht von CC (Schuldner stark anfällig) über B (Zahlungsverzüge nicht ausgeschlossen) bis A (Investmentgrade) und ist in den einzelnen Hauptbereichen nochmals aufgesplittet (triple A, double A, single A). ❐

**Sparkassen sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken:**

## Karten sperren unter 116 116

Auch in Zukunft können die Kunden von Sparkassen, Landesbanken sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Karten unter der Nummer 116 116 sperren lassen. Vor kurzem wechselte der Betreiber des Sperrnotrufes. Dies wirkt sich jedoch nicht auf den Service für Kunden des genossenschaftlichen FinanzVerbundes und der Sparkassen-Finanzgruppe aus.

Seit dem 1. Juli 2005 gibt es diese bundesweit einheitliche Telefonnummer. Der Vorteil gegenüber früheren Lösungen: Auch wer die Telefonnummer seines Kreditinstituts nicht parat hat, kann seine Karten von unterwegs sperren lassen. Die Telefonnummer 116 116 ist leicht zu merken und von überall in Deutschland kostenlos zu erreichen. Unberührt davon können die Bankkunden ihre Karten weiterhin direkt bei ihren Instituten sperren lassen. ❐

**BLE, Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH:**

# Erschließungen von Baugebieten durch Erschließungsträger

**Die Erschließung ist Aufgabe der Gemeinde, (§ 123 BauGB). Aber: Kommunen müssen nicht selbst erschließen. Der Gesetzgeber hat ausdrücklich in § 124 Baugesetzbuch vorgesehen, dass die Gemeinde die Erschließung durch Vertrag auf einen Dritten übertragen kann.**

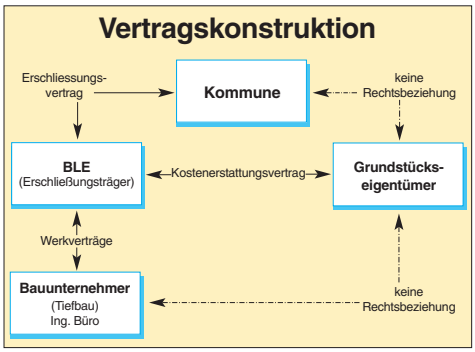
Gegenstand der Erschließung können beitragsfähige sowie nicht beitragsfähige Erschließungskosten sein. Durch die Beauftragung eines Dritten ist die Gemeinde in keiner Weise in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Sie allein bestimmt über Art und Weise der Erschließung, wie Ausführungsstandards, Fristen, Gewährleistung und insbesondere den Umfang der Erschließung innerhalb eines vertraglich bestimmten Erschließungsgebietes.

## Einfache Verträge

Die Vertragskonstruktion ist im Grunde simpel. Die Gemeinde beauftragt ein geeignetes Unternehmen mit der Erschließung eines Baugebietes. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Wohn-, Misch-, Gewerbe-, Sonder- oder Industriegebiete handelt. Gemeinde und Erschließungsträger schließen einen Erschließungsvertrag, in dem neben Qualität, Fristen, Gewährleistung und Absicherung der Kommune auch Regelungen getroffen werden (können), die die Gemeinde auch finanziell entlasten. So ist es zulässig, dass der Erschließungsträger 100 % der Erschließungskosten nach BauGB übernimmt. Der gesetzliche Eigenanteil von mindestens 10 %, den die Gemeinde bei einer Eigenerschließung tragen müsste, wird im Vertrag abbedungen. Gegenstand des Erschließungsvertrages können auch nicht beitragsfähige Erschließungsanlagen sein, beispielsweise die Herstellung von Kinderspielplätzen.

## Verwaltungsmäßige Entlastungen

Neben den unbestrittenen finanziellen Vorteilen ergeben sich für die Gemeinde auch erhebliche verwaltungsmäßige Entlastungen. Der Erschließungsträger verrechnet seine tatsächlich entstandenen Kosten an die ursprünglichen Grundstückseigentümer weiter, so dass eine Verbescheidung nach dem Erschließungsbeitragsrecht entfällt.




Ist die Gemeinde ganz oder teilweise selbst Grundstückseigentümerin, erstattet auch sie die verauslagten Kosten in ihrem Anteilsverhältnis an den Erschließungsträger.

## Nachverhandlungen

In Abstimmung mit der Gemeinde vergibt der Erschließungsträger sowohl die Planungs- als auch die Tiefbauleistungen. Die Auswahl der Firmen, die zur Angebotsabgabe eingeladen werden, wird zusammen mit Ingenieurbüro und Gemeinde getroffen. In der Regel besteht die Möglichkeit der Nachverhandlung mit den Bietern, so dass mit zum Teil. erheblichen Preisnachlässen gerechnet werden kann. ❐

BLE
Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH
Peschelanger 3, 81735 München
Telefon 089/67 40 37, Telefax 089/679 22 36
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de
**- im genossenschaftlichen FinanzVerbund -**

**Verwaltungsüberlastung?!
Haushaltsprobleme?!**

Maßgeschneiderte Lösungen für die Übernahme von Erschließungsträgerschaften und für Ihre kommunalen Investitionen bietet Ihnen die BLE, ein erfahrener seit 1974 tätiger Partner der Städte und Gemeinden.

**Ihre Ansprechpartner: Bernd Hippe**
**Tel.: 089 / 67 40 37 Gerd Schrenker**

- Übernahme von Erschließungsträgerschaften
- Privatfinanzierung öffentlicher Aufgaben (Kommunales Haushaltsmodell)

# Entwicklungsbeispiel Augsburg

**Ein Beispiel aus der Praxis der BLE, Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH, die im Auftrag von zahlreichen Kommunen Erschließungen in ganz Bayern durchführt:**

Die BLE wurde von der Stadt Augsburg und den Stadtwerken Augsburg mit der Erschließung des Wohnbaugebiets „Südlich der Friedrich-Ebert-Straße“ im Stadtteil Göggingen beauftragt.

**Bruttobauland:** **ca. 70 ha**
bestehend aus Flächen für Kleingärten, öffentliches Grün, Kinderspielplätze, Flächen für Lärmschutz,
**Öffentliche Verkehrsflächen:** **ca. 45 ha**
**Nettowohnbauland:** **ca. 25 ha**
**Grundstückseigentümer:** **41**
**Erschließungsbeginn:** **Frühjahr 2005**
**Fertigstellung:** **Ende 2006 / Frühjahr 2007**

Erforderlich waren umfangreiche Verhandlungen mit der Stadt und die Einigung mit sämtlichen Grundstückseigentümern.

Die Vorteile für die Stadt, die selbst über keine Grundstücke im Baugebiet verfügt, liegen auf der Hand:

- keine Belastung des Kommunalen Haushalts
- Abbedingung des 10%-Anteils an den Erschließungskosten nach BauGB
- Übernahme von nicht bzw. teilweise umlegbaren Kosten wie z.B. Kinderspielplätze, Kampfmittelabsuche, archäologische Prospektion, umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen.

Auch für die beteiligten Grundstückseigentümer war der Abschluss des Erschließungsvertrages und der Kostenerstattungsverträge nicht von Nachteil. So kann gewährleistet werden, dass die Erschließung des gesamten Baugebietes in einem Zug innerhalb von zwei Jahren (die Asphaltfeinbetonschicht ausgenommen) durchgeführt wird. Die Kostenreduzierungen aufgrund der Nachverhandlungen genießt der Eigentümer, da sämtliche Kosten ausschließlich nach tatsächlichem Aufwand angefordert und abgerechnet werden.

Die BLE erzielt aus der Erschließung keinen Gewinn; sie erhebt lediglich ein Verwaltungshonorar für die gegenüber der Stadt erbrachten Leistungen, das sie im Wege der Kostenerstattung durch die Eigentümer erhält. ❐

Seniorenzentrum „Wohnen am Schlossanger“:

# PPP ermöglicht Neubau

## Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Kreissparkasse München Starnberg und Real I.S. feierten Richtfest

**Privilegiertes Leben „auf einer Insel“, nämlich auf einer Rodungsinsel im Nahbereich der Landeshauptstadt verspricht die Errichtung des Seniorenzentrums „Wohnen am Schlossanger“, das in zentraler Ortslage der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn emporwächst.**

Die Partner der Grundstücksentwicklungsgesellschaft, die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn, die Kreissparkasse München Starnberg und die Real I.S. AG München feierten mit dem Richtfest am 19. Dezember 2005 eine bedeutende Etappe des Neubaus.

### Gelungenes Beispiel

Dieses Bauvorhaben ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie Public Private Partnership funktionieren und was diese bewirken kann: Die Gemeinde stellt der Entwicklungsgesellschaft ein unbebautes Grundstück zur Verfügung, auf dem die Gesellschaft das Seniorenzentrum errichtet. Das Seniorenzentrum wird nach Fertigstellung von der Gemeinde angemietet und von einem erfahrenen Leiter betrieben. Die Finanzierung stellen die Kreissparkasse München Starnberg und die BayernLB.

„Für unsere Gemeinde ist es eine einmalige Chance, mitten im Zentrum unseres Ortes für unsere alten Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Zentrum anbieten zu können, um ihnen einen schönen Lebensabend zu ermöglichen“, freut sich Bürgermeisterin Ursula Mayer. Das architektonisch hochwertige Ensemble besteht aus einem voll unterkellerten, klar gegliederten dreigeschossigen Baukörper mit Tiefgarage. Eine großzügige Öffnung auf der süd-westlichen Seite schafft eine attraktive Sichtverbindung in das benachbarte Wohngebiet. Aufgrund der flachen Dachneigung wirkt das mächtige Gebäudeensemble eher zurückhaltend und unaufdringlich. Durch die Wahl der Gebäudeform entlang der vorhandenen Durchgangs- und Erschließungsstraßen sowie aufgrund der großzügigen Verglasung der Räume öffnet sich das Gebäude in alle Richtungen zur Gemeinde.

### Eckdaten des Projekts

Die Bewohner des Seniorenzentrums sind somit „aktiv“ in das Leben in der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn integriert. Die Eckdaten des Projekts: Umfang: 72 Apartments für Senioren und 20 barrierefreie und behindertenfreundliche 2 bis 3 Zimmer-Wohnungen, 1/2 UG für kommunale Zwecke (Veranstaltungsräume für die Gemeinde), Tiefgarage mit 43 Stellplätzen, insgesamt rund 6030 m² Geschossfläche, Bauvolumen: ca. 8,5 Mio. Euro brutto, Bauzeit: Juli 2005 bis Juli 2006, PPP-Modell: Joint-Venture-Modell mit eigener Objektgesellschaft, Gesellschafter: Kommune Höhenkirchen-Siegertsbrunn 49% Kreissparkasse München Starnberg 26% Real I.S. 25%. Die Geschäftsführung wird von der Real I.S. gestellt

**Referenten und Ehrengäste des Ingenieuretages: Von rechts Dipl.-Ing. Christian Baumgart, Dr. Busso Grabow, die geehrten früheren Kammer-Vizepräsidenten Rolf Sennewald und Josef Poxleitner, Christl Kling, Prof. Dr.-Ing. e.h. Karl Kling, Kammerpräsidentin Dipl.-Ing. Univ. Heidi Aschl und OB Christian Ude. Bild: Markus Bauer**

Voraussichtlich im Juli dieses Jahres wird das Seniorenzentrum „Wohnen am Schlossanger“ fertig gestellt.

### Kenndaten Real I.S.

Die Real I.S. ist als 100%ige Tochter der Bayern LB die Assetmanagement Gesellschaft für gewerbliche Immobilien. Neben der klassischen Unternehmensberatung für Immobilienbestandshalter sowie der Immobilienentwicklung ist die Real I.S. auch einer der größten deutschen, bankgebundenen Initiatoren. Die Immobilienentwicklung der Real I.S. schafft Wertschöpfung aus dem Verknüpfen von Interessen unterschiedlichster Projektpartner. Sie entwickelt Immobilien aus Ressourcen wie einem Grundstück, einem Investorenwunsch oder dem konkreten Bedarf eines Nutzers. Seit 1991 wurden mehr als 80 Fondsangebote mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 3,6 Mrd. Euro für das Privatkundengeschäft und für institutionelle Investoren emittiert.

Die umfangreiche Produktpalette umfasst u. a. Immobilienfonds im In- und Ausland, Schiffsbeteiligungen, Medienfonds und Private Equity. Zusätzlich gehören individuelle Speziallösungen, Portfoliomanagement und das Management von institutionellen internationalen Immobilienportfolien zu unserem Angebot. Die Real I.S. ist mit einem ganzheitlichen Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2000 des TÜV Süddeutschland zertifiziert.

**Weitere Informationen unter www.realisag.de** ❐

14. Bayerischer Ingenieuretag:

# Ingenieure als Verbündete der Kommunen

**„Die Katastrophe des Halleneinsturzes in Bad Reichenhall, weniger Aufträge für Ingenieure seitens der Gemeinden, neue Finanzierungsmodelle wie etwa Private Public Partnership - nur drei Aspekte, die derzeit in besonderer Weise das Verhältnis zwischen Kommunen und Ingenieuren prägen. Grund genug für die Bayerische Ingenieurekammer-Bau, ihren inzwischen 14. Bayerischen Ingenieuretag im Auditorium Maximum der TU München dem Thema „Kommunen und Ingenieure im Dialog“ zu widmen.**

In Bezug auf das Unglück in Bad Reichenhall teilte Kammer-Präsidentin Dipl.-Ing. Univ. Heidi Aschl mit, dass die Kammer dem bayerischen Innenminister ihre Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe angeboten habe, über Konsequenzen man jedoch erst nach Klärung der Ursachen sprechen könne. Ferner verwies sie auf das heuer geplante neue Kammergesetz, in dem erstmals „das Recht der Architekten und der im Bauwesen tätigen Ingenieure“ einheitlich geregelt werde. Sie informierte über die Regionalbeauftragten in den Regierungsbezirken und erwähnte rückblickend das im Jahr 2005 neu erarbeitete Leitbild.

Bereits bei der Ausarbeitung dieses Leitbilds war der Dialog der Ingenieure mit den Kommunen ein wesentlicher Aspekt.

„Wir alle wissen, dass die Ingenieurbüros mit der mangelnden Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand und insbesondere auch der Kommunen zu kämpfen haben. Wir alle wissen auch, dass die öffentlichen Hände wesentlich mehr Geld in den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau von Gebäuden und Infrastruktur investieren müssten. Gleichzeitig ist uns sehr wohl bewusst, dass Bund, Länder und Gemeinden gerne mehr investieren würden“, beschrieb die Ingenieurekammer-Präsidentin das Dilemma, das der Münchner Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages, Christian Ude, in seinem Vortrag mit dem Untertitel „Deutschland braucht wirtschaftlich starke Kommunen“ zu lösen versuchte.

Grundsätzlich sprach Ude sich dafür aus, dass die öffentliche Hand primär bei Vorhandensein eines konkreten Bedarfs Investionen tätigen soll. „60 Prozent der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Nur wenn die Kommunen finanziell in der Lage sind zu investieren, kann man mit einem großen Auftragsvolumen rechnen für die Bauwirtschaft und die Ingenieure“, verdeutlichte der Münchner Oberbürgermeister. Die Investitionskraft der Kommunen sei jedoch stark zurückgegangen - auf heute 40 Prozent unter dem Niveau von 1992, nicht jedoch der Bedarf an Investitionen oder Instandsetzungen.

### Keine Zauberformel

Eher unentschieden beurteilte Ude die bisherigen Erfahrungen mit PPP-Projekten. „Wo es sinnvoll ist, private Partner in die Finanzierung hineinzunehmen“, befürwortet der Münchner Rathauschef solche Modelle. Doch für ihn sind diese Ansätze keine Zauberformel oder Finanzquellen, sondern oft nur eine zeitliche Verschiebung der Zahlungspflichten und eine Schönung der Haushaltslage. Für Ingenieure ergäben sich oft der Wegfall von VOB-Ausschreibungen, die Einschaltung privater Großauftraggeber mit vielen Subunternehmern sowie Angebote von Modellen aus einer Hand. „Bei Betrachtung des gesamten Zeitraumes kann PPP sinnvoll sein“, fasste Ude zusammen.

Als „potenziell prüfenswerte Perspektive“ übersetzte Dr. Busso Grabow vom Deutschen Institut für Urbanistik die drei viel diskutierten Ps und gab anhand von Untersuchungsergebnissen eine aktuelle Bestandsaufnahme von PPP in Bund, Ländern und Kommunen. An die Ingenieure gewandt stellte er fest, dass bei diesen Ansätzen „Qualität und Gestaltungsfragen nicht außer Acht gelassen werden sollten“. Seitens der Kommunen geht er von einem Bedeutungszuwachs der PPP-Projekte aus, für die Jahre 2006 bis 2009 werden 4 bis 7 Mrd. Euro Investitionen in PPP-Projekte prognostiziert, besonders gefragt seien diese im kommunalen Straßenbau.

### Besetzung von Nischen

Aus der Praxis der kommunalen Arbeit beleuchtete Dipl.-Ing. Christian Baumgart, berufsmäßiger Stadtrat und Stadtbaurat in Würzburg sowie Präsident des Verbandes Deutscher Architekten und Ingenieurvereine e.V. die Tagungsthematik unter dem Thema „Wer plant, wer baut die Stadt, wer zahlt die Zeche“. Vor dem Hintergrund schwieriger politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen rief er die Kreativität und die Besetzung von Nischen ins Bewusstsein.

Einige Aspekte sind für Baumgart besonders zu betrachten: Die Gefahr einer schleichenden Entmündigung der Kommunalverwaltung durch PPP-Projekte. Die Bedrohung, dass nur noch Großunternehmer zum Zuge kommen und mittelständische Partner ausgegrenzt werden. Städtische GmbHs und Generalüber- bzw. -unternehmer bei einer flächendeckenden Nutzung von PPP. Garantie des Erhalts von Gestaltungsqualität, Bau- und Planungskultur. Angesichts dieser Unsicherheiten schlug er vor, Qualitätsvorgaben zu setzen, in Kommunen alle Kräfte zu bündeln und die oft zu arbeitsteilige Verwaltung zu überwinden. **Markus Bauer**

# 2006 steigen die Bauinvestitionen

**„Zur nachhaltigen Stärkung der Konjunktur wird die öffentliche Hand auch künftig den Kurs der Konsolidierung aller öffentlicher Haushalte konsequent fortsetzen. Denn nur mit einem nachhaltigen Abbau der Staatsverschuldung und weiteren Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben kann dauerhaft vermehrt Spielraum für Zukunftsinvestitionen gewonnen werden“, betonte Innenstaatssekretär Georg Schmid bei der Mitgliederversammlung der Fachabteilung Sand- und Kiesindustrie des Industrieverbandes Steine und Erden in München.**

Bayern wird Schmid zufolge auch weiterhin daran festhalten, trotz dieser Konsolidierungsbemühungen eine möglichst hohe Investitionsquote im Staatshaushalt zu erreichen. Allein die Hochbauverwaltung des Freistaates hat im Jahr 2004 ein Bauvolumen von rund 1,2 Milliarden Euro erreicht, die Straßenbauverwaltung über eine Milliarde Euro investiert. Ab 2006 ist mit einer Steigerung der öffentlichen Bauausgaben zu rechnen.

Der Staatssekretär verwies darauf, dass es bei Baumaßnahmen der Bundeswehr, der Bundespolizei und der US-Streitkräfte zu einer Ausgabensteigerung kommen werde. „Seit Anfang November haben wir Standortsicherheit bei der Bundeswehr. Deshalb können nun einige zurückgestellte Großvorhaben endlich begonnen werden. Projekte wie die Flugplätze in Roth und Neuburg, Neu- und Ausbaumaßnahmen in Ingolstadt, Pöcking und München werden allein ein Bauvolumen von rund 750 Millionen Euro auslösen und sollen 2010 verwirklicht sein. Bauvorhaben der US-Streitkräfte auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr mit einem Investitionsvolumen von 750 Millionen Euro sollen ebenfalls bis 2010 abgeschlossen sein. Im Umfeld des Truppenübungsplatzes werden private Investoren 1.600 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von 400 Millionen Euro errichten“, so Schmid.

Der Staatssekretär verwies darauf, dass in die Bundesfernstraßen im Jahr 2005 mehr als 930 Millionen Euro geflossen sind: „Hohe Investitionen in die Verkehrswege sind unerlässlich für das gerade jetzt in ganz Deutschland so dringend benötigte Wirtschaftswachstum. Wir haben in Bayern unsere Hausaufgaben gemacht und sind auch heuer und in den nächsten Jahren noch aufnahmefähig für weitere Bundesmittel. Die bayerische Staatsstraßenbauverwaltung hat derzeit für etliche Projekte des Bedarfsplans Baurecht in einem Volumen von rund 750 Millionen Euro geschaffen. Wir könnten dort sofort loslegen, wenn nur die Finanzierung durch den Bund gesichert wäre. Bei den Staatsstraßen können wir in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 71 Millionen Euro zusätzlich für den Staatsstraßenbau einsetzen. Wir liegen mit den Investitionsansätzen wieder etwa bei 140 Millionen Euro pro Jahr.“

Für den Kommunalstraßenbau stehen Investitionsfördermittel von 220 Millionen Euro zur Verfügung. Allerdings ist hier die Finanzschwäche der Kommunen deutlich spürbar. „Wir haben darauf reagiert und erreichen inzwischen durchschnittliche Fördersätze von 65 er zuwendungsfähigen Kosten. Damit unterstützen wir die Kommunen bei ihrem Straßenbau und schieben Bauinvestitionen mit einem Volumen von insgesamt 360 Millionen Euro an“, erklärte Schmid. Besonders ist die hohe Multiplikatorwirkung der sozialen Wohnraumförderung und der Städtebauförderung hervorzuheben. Hier aktiviert jeder Fördereuro bis zu fünf bzw. acht Euro aus anderen Geldquellen. Das bewirkt eine enorme Schubwirkung der Programme, die besonders der einheimischen mittelständischen Bauwirtschaft zugute kommt. ❐

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.

**Fahren Sie mit Erdgas zum halben Preis!**
Erdgas hat Zukunft. Sowohl beim Heizen als auch beim Autofahren. Mit Erdgas von ESB tanken Sie zum halben Preis. Der reduzierte Mineralölsteuersatz für Erdgas als Kraftstoff ist bis zum Jahr 2020 festgeschrieben. Gleichzeitig schonen Sie die Umwelt, weil bei Erdgas geringere Schadstoffe entstehen. Erdgas tanken Sie heute bereits an über 500 Erdgas-Zapfsäulen in Deutschland – auch in Ihrer Nähe. Fragen Sie Ihren Autohändler und starten Sie in eine saubere Zukunft - mit Erdgas im Tank.

Mehr Infos unter **01 80 5/29 11 11**
(12 Cent/Min. im deutschen Festnetz der Telekom)

ESB Erdgas Südbayern

Erdgas Südbayern GmbH · Ungsteiner Straße 31 · 81539 München · E-Mail: info@esb.de · www.esb.de

„Zukunftsfähige Landnutzung in Bayerns Gemeinden“:

# Dokumentation der Sieger

**Über insgesamt 100.000 Euro können sich acht vorbildliche bayerische Projekte der Landnutzung freuen. Folgende Sieger gingen aus dem vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium ausgelobten Wettbewerb „Zukunftsfähige Landnutzung in Bayerns Gemeinden“ hervor: die überörtlichen Projekte „Fränkisches Wein- und Kulturland“, Kolitzheim (Lkr. Schweinfurt), „Regionalentwicklung Stauden“ (Lkr. Augsburg), „Integratives Kräuterprojekt im Aischgrund“ (Lkr. Erlangen-Höchstadt und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) sowie „Impuls Westallgäu 10 + - Aufbruch in Bayerns Südwesten“. Zudem wurden die örtlichen Projekte „Theater und Landwirtschaft“, Altusried (Lkr. Oberallgäu), „Ehingen gemeinsam aktiv“, Ehingen (Lkr. Ansbach), „Nachhaltige Gemeindeentwicklung“, Fraunberg (Lkr. Erding) sowie „Runder Tisch Wunsiedel“ (Stadt Wunsiedel) ausgezeichnet.**

Die Preise wurden zum zweiten Mal vergeben. Eine Jury, in der auch Vertreter des Landkreis- und des Gemeindetags saßen, hatte die Sieger aus 18 eingegangenen Beiträgen ausgewählt. Besonderes Augenmerk wurde laut Landwirtschaftsminister Josef Miller auf eine gelungene Vernetzung der ländlichen Räume gelegt. Eine enge Zusammenarbeit von kommunalen Entscheidungsträgern, Partnern aus Ernährungswirtschaft, Gastronomie und Tourismus sowie engagierten Bürgern und kooperativen Bauern ist für den Minister der Schlüssel zum Erfolg: „Wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, können wir die Landbewirtschaftung insgesamt sichern und den ländlichen Raum als attraktive Heimat und Erholungslandschaft erhalten.“

## Bedeutsame Projekte

Eine soeben vom Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten herausgegebene „Dokumentation“ stellt alle Projekte vor, die am Wettbewerb teilgenommen haben. An besonders gelungenen, für die Bürgerschaft bedeutsamen Projekten wird gezeigt, wie aufgeschlossene kommunale Entscheidungsträger zusammen mit aktiven Bauern und engagierten Wirtschaftspartnern ihren unmittelbaren Lebensraum lebens- und zukunftsfähig erhalten und gestalten.

Beispiel Kolitzheim, Lkr. Schweinfurt: Hier wurde ein landtouristisches Konzept als Grundlage für innovative Ideen zur Schaffung von Einkommensalternativen entwickelt und umgesetzt. Gegründet wurde der Verein „Fränkisches Wein- und Kulturland“. In diversen Arbeitskreisen werden die über 100 Mitglieder aus den Bereichen Landwirtschaft und Weinbau, Gastronomie, Handel und Gewerbe unterstützt.

Außerdem wurde eine touristische Infrastruktur aufgebaut. Dazu gehören Ortsbegrüßungsschilder und Info-Tafeln mit Hinweisen zu Angeboten und Sehenswürdigkeiten, drei örtliche und ein überörtlicher Themenwanderweg mit Rastplätzen sowie Marketingmaßnahmen zur Bewerbung des lokalen Angebots wie Imagebroschüre, Veranstaltungskalender oder Gastgeberverzeichnis.

## Vermarktung heimischer Produkte

Um heimische Produkte vermarkten zu können, findet jedes Jahr die Spargelsaisoneröffnung statt, zudem ein Weinlesefest sowie ein Fahrradgottesdienst. Gezielt werden die Gästeführer ausgebildet und in der Region eingesetzt. Es wird Wert gelegt auf eine umfangreiche Qualifizierung zur Verbesserung des betrieblichen Angebots (Fortbildungen zur Verkaufsraumgestaltung, Servicequalität, Verpackung, Deko etc.). Privatunterkünfte werden zertifiziert und klassifiziert, außerdem wurde eine Zimmerbörse eingerichtet. Darüber hinaus werden Landwirte im Bauhof und bei Landschaftspflegemaßnahmen beschäftigt. Mit den Gemeinden an der Volkacher Mainschleife (Radwanderkarte, überregionales Beschilderungskonzept) besteht eine enge Zusammenarbeit.

Das Projekt „Fränkisches Wein- und Kulturland Kolitzheim“ ist ein gelungenes Beispiel, wie eine Großgemeinde gezielt Maßnahmen zur ganzheitlichen regionalen Entwicklung einer Region voranbringen kann. Das landtouristische Konzept hat viele landwirtschaftliche Betriebe im Bereich der Einkommensstabilisierung weiterentwickelt. Dies gilt sowohl im Bereich der traditionellen Landwirtschaft, wie auch im Bereich der Sonderkulturen und Einkommensalternativen. Der Verein und die Großgemeinde Kolitzheim unterstützen aktiv die regionalen Kreisläufe. Es kam zu einer Belebung und Revitalisierung der Ortschaften. Der Agrotourismus ist mittlerweile eine zentrale Säule in der Region, wovon auch andere Sektoren profitieren und durch zusätzliche Aufträge weiter prosperieren. Die einzelnen Projekte wurden zusammen mit der Bevölkerung vor Ort entwickelt und stärken die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat. Die Region ist mittlerweile das Musterprojekt für eine gezielte Regionalentwicklung im Landkreis Schweinfurt.

www.der-flexible-raum.de
Container
Raummodule
Hallensysteme

Beispiel Altusried, Lkr. Oberallgäu: Ziel war die Kooperation zwischen der Allgäuer Freilichtbühne Altusried und der heimischen Landwirtschaft. Es ging darum, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken und die Wertschöpfung für die Landwirtschaft zu erhalten, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, den Fortbestand der traditionellen landwirtschaftlichen Strukturen zu unterstützen, den Gemeinschaftssinn zu fördern und die einzelnen Ortsteile zu vernetzen.

Hierzu übernahm der Verein „Bäuerliche Direktvermarktung Altusried“ (BDA) mit eigenproduzierten und regionalen Erzeugnissen die Verpflegung der Besucher der Freilichtbühne, wobei auch Metzger und Wirte einbezogen sind, Mitgliedsbetriebe und zunehmend auch Privatpersonen werden mit hochwertigen, frischen Fleisch- und Wurstwaren aus eigener Produktion versorgt, wodurch auch der Absatz zwischen den Spieltagen gesichert ist Der BDA übernimmt zudem auch die landschaftspflegerischen Maßnahmen auf dem Spielgelände.

Die Verbindung von Allgäuer Freilichtbühne Altusried und den örtlichen Landwirten bringt für alle Beteiligten vielfältigen Nutzen. Die Mitglieder des Vereins „Bäuerliche Direktvermarktung Altusried e. V.“ (BDA) haben sich mit der Bewirtung der Freilichtbühne einen attraktiven Absatzmarkt geschaffen (bis zu 70.000 Zuschauer pro Saison, zusätzlich noch Auftritte bekannter Künstler und Gruppen). Alle Vereinsmitglieder sind durch das konsequente Prinzip der Eigenversorgung Botschafter ihrer eigenen Produkte. Dies ist die Basis für den geschäftlichen Erfolg.

## Qualität hat Vorrang

Einwohner wie Besucher schätzen die Versorgung mit Qualitätsprodukten, die regional und ohne lange Transportwege produziert wurden. Neben den Einkommensmöglichkeiten für die Landwirte aus dem Verkauf ihrer Produkte werden über die Freilichtbühne auch Arbeitsplätze und Aufträge für heimische Betriebe geschaffen. Die Möglichkeiten können daher professionell genutzt und weitere Tätigkeitsfelder erschlossen werden. **DK**

7. Oberfränkisches Bauseminar in Coburg:

# „Stadt im Licht“

**Das von der Regierung von Oberfranken veranstaltete 7. Oberfränkische Bauseminar in Coburg war auch heuer wieder ein großer Erfolg. Etwa 80 Vertreter der Kommunen und Bauämter sowie Architekten aus ganz Oberfranken zeigten sich begeistert von den engagierten Vorträgen, die unter dem Leitthema „Stadt im Licht“ standen.**

Regierungspräsident Hans Angerer eröffnete das diesjährige Bauseminar mit dem Ziel, die Stärkung der Innenstadt auch als kreative Aufgabe zu thematisieren und einige extravagante Stilmittel zur Steigerung der Attraktivität einer Stadt als Teil einer Strategie ins „Rampenlicht“ zu tauchen, auch in der Hoffnung, die Teilnehmer im doppelten Wortsinn zu „erleuchten“.

Angerer wies darauf hin, dass wirtschaftlicher Strukturwandel und Verlagerung des Einzelhandels in Stadtrandlagen, aber auch die Abwanderung der Wohnbevölkerung in andere Stadtregionen die Innenstädte verändern. Mit welchen Mitteln die Ortszentren wieder belebt werden können, werde seit einigen Jahren in den von der Regierung von Oberfranken veranstalteten Bauseminaren demonstriert.

Auch ein neues Modellprojekt der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern mit dem Titel „Leben findet Innenstadt“ widme sich dem Thema „Stärkung der Innenstädte“ durch innovative Kooperation öffentlicher und privater Akteure. Hier konnte der Regierungspräsident einen erfreulichen Erfolg für die Region Oberfranken verkünden: Von 47 Bewerbungen in Bayern habe ein unabhängiges Auswahlgremium zehn Modellprojekte ausgewählt, darunter drei aus Oberfranken. Bamberg, Forchheim und Wunsiedel hätten die Jury überzeugt und könnten in den nächsten Monaten ihre innovativen Strategien umsetzen.

Das 7. Oberfränkische Bauseminar war zudem Anlass für die Eröffnung der „Stadtoasen“, einer Ausstellung der Obersten Baubehörde über Freiräume, innerhalb derer die Aufenthalts- und Lebensqualität in den Städten verbessert werden kann. Die Ausstellung präsentierte herausragende Beispiele aus ganz Bayern, auch hier wurde Oberfranken mit zwei Projekten aus Bamberg und Bayreuth gewürdigt.

Dekan Prof. Dieter Sitzmann von der Fachhochschule Coburg nutzte die Gelegenheit, als Hausherr die seit 1. Oktober 2005 neu gegründete Fakultät Design vorzustellen. Die interdisziplinäre Ausrichtung durch die Bündelung der Fachbereiche Innenarchitektur, Architektur, Bauingenieurwesen und Design bezeichnete er als ein besonderes Kennzeichen der Fachhochschule Coburg und einen wichtigen Standortfaktor für die gesamte Region.

## Studentische Ideenvielfalt

Die Vorteile aus dieser Zusammensetzung konnte Architekt und Lichtdesigner Prof. Uwe Belzner in seinem Vortrag verdeutlichen. Oft werden die Unterschiede von studentischen Ideen und einer realisierbaren Praxis problematisch gesehen. Belzner machte deutlich, dass der studentische Ideenreichtum für eine Stadt sehr fruchtbar sein kann: Die Versuche der Studenten legten die Grundlage für das lichtplanerische Konzept des Marktplatzes in Coburg. „Dieses Beispiel der Coburger Innenstadt unterstreicht, dass oft vor Ort Unerprobtes versucht werden muss, um die Wirkung zu testen und sich davon zu überzeugen, dass eine Veränderung auch eine Verbesserung sein kann“, bemerkte Belzner.

Der Baureferent der Stadt Bamberg, Ottmar Strauß, stellte dem Auditorium Strategie und Maßnahmen zur Innenstadtentwicklung Bambergs vor. Ein wesentlicher Bestandteil dabei sei der Lichtmasterplan, der die Hauptachse vom Bahnhofsplatz bis zum Jacobsplatz einschließt und von der Stadt Bamberg zusammen mit Uwe Knappschneider, Stadtplaner und Physiker aus Wuppertal, verwirklicht wird. „Ein wesentlicher Ansatz beim Thema `Stadt im Licht` ist die bewusste Selektion zur Inszenierung historischer Gebäude“, erläuterte Knappschneider.

Mit dem Vortrag „Beleuchtungskonzepte im ländlichen Raum“ rundete Stadtplaner Dipl. Ing. Dr. Hartmut Holl, Würzburg, das Seminar ab und zeigte anhand von Beispielen aus Mittel- und Unterfranken, dass das Thema Licht nicht nur für größere Städte von städtebaulichem Interesse ist, sondern auch in kleineren Kommunen eine große Rolle spielt.

Resümierend meinte Regierungspräsident Angerer: „Die begeisterte Resonanz des Seminars hat deutlich gemacht, dass das Leitthema `Stadt im Licht` Städte und Kommunen bewegt. Wesentlich dabei ist, das Bewusstsein wieder auf unsere Innenstädte und Ortszentren zu lenken und mit allen Beteiligten gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Die Referenten des Seminars haben aufgezeigt, dass mit kreativen Ideen und Einfallsreichtum auch bei knappen Haushaltsmitteln hervorragende Ergebnisse zu erzielen sind.“ **DK**

Projekt „Digitaler Bauantrag“:

# Erfolgreicher Start im Landkreis Rosenheim

**Die elektronische Verwaltungstätigkeit, auch bekannt als „E-Government“, hält jetzt auch in den Bauämtern im Landkreis Rosenheim Einzug. Das Landratsamt startete mit 15 beteiligten Gemeinden das Projekt „Digitaler Bauantrag“ zusammen mit der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), einem Tochterunternehmen der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände. Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer hatte sich im Vorfeld bereits stark für dieses Projekt engagiert. Landrat Dr. Max Gimple begrüßt ebenso wie Schleyer den Start als wichtigen und richtigen Schritt in die Zukunft.**

Der Vorteil für die Gemeinden, unter denen sich auch der Markt Bruckmühl befindet, der sich als Pilotkunde zur Verfügung gestellt hat, liegt darin, dass die Daten nur ein einziges Mal erfasst werden müssen. Wenn die Daten eines Bauantrags bei der zuständigen Gemeinde eingereicht wurden und in dem Fachverfahren TERAwin BAN erfasst und geprüft wurden, erfolgt die elektronische Weitergabe der Antragsdaten an das Landratsamt zur Genehmigung. Dort werden mit einem speziellen Einleseprogramm die entsprechenden Daten in den vorhandenen Bestand integriert und in der Anwendung OTS BAU weiterbearbeitet.

Die Gemeinden haben jederzeit die Möglichkeit des Zugriffs auf den Vorgang. Dies ist ein großer Vorteil, denn so kann die Gemeindeverwaltung dem Bauherren zu jeder Zeit Auskunft über den Status seines Antrages geben.

## Dem Ziel ein Stück näher

Eine weitere Programmfunktion ermöglicht es den anzuhörenden Fachstellen im Landratsamt, ihre Stellungnahmen zu dem jeweiligen Vorhaben ebenfalls elektronisch an das Bauamt zu geben. So ist man - wie Landrat Dr. Gimple und AKDB-Vorstand Rudolf Schleyer betonen - dem Gesamtziel, dem Bürger schneller als bisher seine Genehmigung erteilen zu können, ein großes Stück näher gerückt. ❐

Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude:

# Flächensparendes Wachstumspotential

**Tagung der KLB München und Freising in der Landvolkshochschule Petersberg**

**Kostenfreie „Anschubberatung“ und die Errichtung von Gebäudebörsen sind wichtige Bedingungen dafür, dass Umnutzungen landwirtschaftlicher Gebäude verwirklicht werden können. So lautete das Fazit einer hochkarätig besetzten Tagung, die auf Initiative der Katholischen Landvolkbewegung München und Freising zusammen mit erde e. V. und dem Dachauer Forum in der Landvolkshochschule Petersberg veranstaltet wurde.**

Umnutzer landwirtschaftlicher Gebäude werden mit dieser komplexen Aufgabenstellung weitgehend allein gelassen, so der Tenor der überaus gut besuchen Veranstaltung. Laut Tagungsleiterin und KLB-Geschäftsführerin Theresia Wintergerst reichen Appelle zum Flächensparen nicht aus, um verstärkt sinnvolle Umnutzungen zu ermöglichen. Man müsse auch über intelligente Förderstrukturen nachdenken, die ein Anregungsmilieu schafften, in dem die komplexe Aufgabenstellung einer Umnutzung bewältigt werden kann. Ohne aufgeschlossene Kommunalpolitiker hätten es potenzielle Umnutzer von landwirtschaftlichen Gebäuden schwer. Zwar schreibe der Landesentwicklungsplan eine flächensparende Nutzung vor, trotzdem hätten potenzielle Umnutzer landwirtschaftlicher Gebäude hohe (bürokratische) Hürden zu nehmen.

Rudolf Fietz, Baujurist des Bayerischen Bauernverbandes, erläuterte die rechtliche Situation. Entscheidend käme es zunächst darauf an, in welchem planungsrechtlichen Bereich das zur Umnutzung anstehende Gebäude läge. Im bebauten Innenbereich könnte an Nutzungen das angestrebt werden, was an tatsächlicher Nutzung in der Umgebungsbebauung bereits vorgefunden würde. Schwierig sei jedoch die Umnutzung im Außenbereich, zu dem viele kleinere Orte und Weiler zählen, da die neue Nutzung in der Regel nicht privilegiert sei.

Hans Wiesmaier, Bürgermeister der Gemeinde Fraunberg im Landkreis Erding, protestierte dagegen, dass nur die Hauptorte sich entwickeln dürfen. Er zeigte auf, wie auch in Weilern sinnvolle Entwicklungsachsen zwischen Wohnen und Arbeiten entstehen können. In Fraunberg hat man gerade für die Außenbereiche ein Konzept entwickelt. Die Ausnahmen für die Außenbereiche, die das Gesetz erlaubt, ermöglichen maßvolle Weiterentwicklungen, Nutzungsänderungen der vorhandenen Bausubstanz sowie Ersatzbauten und weitergehende Umbauten.

Wiesmaier betonte, dass die Bürger in die Planungsprozesse mit einbezogen werden müssten. Oftmals gebe es eine Kluft zwischen den Entwicklungsideen der Bürger für den Ort und den Plänen für ihre eigenen Projekte. Hier könnten gemeinsame Planungsgespräche - im Falle von Fraunberg mit Begleitung eines Architekten und Soziologen - helfen, die Entwicklung des Sozialraumes Dorfes insgesamt und nicht nur individuelle Ziele zu verwirklichen.

Ausgangspunkt für eine langfristig tragfähige Umnutzung müsse immer die Verträglichkeit mit den vorhandenen Strukturen sein, so Christina von Seckendorff vom bayerischen Umweltministerium. Eine ganzheitliche Betrachtung erfordere hohe Kompromissbereitschaft, Anpassungsfähigkeit, sowie kreativen und sensiblen Umgang mit der Substanz und den Beteiligten.

Verödende Dorfkerne und weiter wachsende Siedlungsringe, deren erste Generation auch schon wieder von Unternutzung gekennzeichnet sind, seien keine gute Lösung. Die Ministerialrätin befürchtete, dass der tägliche Flächenverbrauch von 17,2 Hektar pro Tag in Bayern wieder ansteigen könnte, wenn die Konjunktur anspringe. Der Flächenverbrauch sei ein in seinem Ausmaß unterschätztes Umweltproblem. Der Boden als ein elementarer Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser und Nährstoffkreisläufen, als Filter, Puffer und Stoffumwandler, insbesondere auch mit seiner Schutzfunktion für das Grundwasser sei ein endliches, schützenswertes Gut.

Dr. Peter Jahnke vom bayerischen Landwirtschaftsministerium rief dazu auf, die diversen Fördermöglichkeiten der Programme der Integrierten Ländlichen Entwicklung und der Leader Programme für die Entwicklung von Umnutzungen in Betracht zu ziehen. Das Problem seien im übrigen nicht nur erhaltenswerte stimmungsvolle alte Bauernhöfe, sondern auch große in den vergangenen Jahren errichtete landwirtschaftliche Gebäude, für die jetzt Umnutzungen in Betracht zu ziehen sind. **DK**

# Neue Norm für Kleinkläranlagen

**Brüssel reguliert dezentrale Abwasserreinigung**

*Von Tom Kionka*

**Die wahre Größe moderner Kleinkläranlagen ist heute unstrittig. Als nachhaltig und betriebssicher gelten sie bei Anwendern, Behörden und Wasserexperten. Mit der prEN 12566 setzt die EU jetzt Produktstandards. So ermöglicht sie den europaweit hindernisfreien Handel mit dieser Zukunftstechnologie.**

Dezentrale Systeme reformieren derzeit die Abwassertechnik von Grund auf. Kleinkläranlagen sind maßgebliche Komponenten in diesem Modernisierungsprozess. Sie sind betriebssicher und übertrumpfen ihre großtechnischen Vorfahren in punkto Wirtschaftlichkeit und Flexibilität. Den individuellen Anforderungen vor Ort lassen sie sich exakt anpassen. Ob nun das gereinigte Abwasser versickert oder in den nächsten Bach geleitet wird, ob es als Betriebswasser erneut Verwendung findet, oder gar, ob die Abwasserreinigung integraler Teil eines komplexen Kreislaufkonzepts für siedlungstechnisch relevante Stoffströme ist - Kleinkläranlagen leisten, was die Lage erfordert.

## EU ordnet Kleinklärtechnik

Die EU hat sich daran gemacht, dem Boom der dezentralen Abwasserreinigung eine überschaubare Ordnung zu geben. Mit der für abwassertechnische Bauprodukte entwickelten Norm prEN 12566 nimmt sie die Hersteller von Kleinkläranlagen in die Pflicht, ihre Produkte mit grundlegenden Standards in Übereinstimmung zu bringen und dies durch Anbringen des CE-Zeichens zu dokumentieren. Dem Kunden gibt die CE-Kennzeichnung somit Gewähr, dass die betreffende Anlage europaweit den geltenden Anforderungen entspricht und zugelassen ist.

Auf der Grundlage der Richtlinie 89/106/EWG vom 31.12.1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Bauprodukte harmonisiert die Bauproduktenrichtlinie prEN 12566 in ihren sieben Teilen die technischen Regeln für alle ihrem Geltungsbereich unterliegenden Erzeugnisse. Normteile, die im europäischen Amtsblatt veröffentlicht wurden, sind damit rechtskräftig.

Teil 3 bezieht sich auf die Produktgruppe der Kleinkläranlagen und beschreibt insbesondere auch das Testverfahren, anhand dessen eine Anlage ihre Leistungsfähigkeit bei rund einjähriger Prüfdauer auf einem Prüffeld nachzuweisen hat. Die Norm überlässt es dem Hersteller, welche der unterschiedlichen Verfahrenstechniken und -designs er für eine Anlage wählt, um Vorgaben hinsichtlich der Ablaufqualität zu erfüllen. Festgelegt sind jedoch Anforderungen bezüglich Werkstoff, Wasserdichtheit, Standsicherheit und Dauerhaftigkeit des Produkts. Weitere Vorgaben hinsichtlich der sekundären und tertiären Reinigungsstufe bei Kleinkläranlagen werden die Teile 6 und 7 bringen. Für deren Fertigstellung hat die Europäische Kommission ein Zeitlimit von zwei Jahren gesetzt.

## Normkonform und mehr

Für Funktionstüchtigkeit und Zulässigkeit einer Kleinkläranlage werden in Zukunft zwei Nachweise die Garanten sein - und das nur im Doppelpack:

- die Prüfung und allgemeine bauaufsichtliche Zulassung durch das DIBt sowie
- der Prüffeld-Test gemäß prEN 12566 Teil 3 und die Konformitätserklärung des Herstellers, dokumentiert durch das CE-Zeichen.

An der Übereinstimmung mit diesen grundlegenden Zulassungsvoraussetzungen des europäischen und nationalen Regelwerks kommt in Kürze keine Kleinkläranlage mehr vorbei. Doch Hersteller mit weitsichtiger Kunden- und Bedarfsorientierung bieten längst Anlagensortimente an, die mehr als nur Normerfüllung gewährleisten. Dabei stehen zwei Funktionstypen im Fokus des Interesses: Tropfkörperanlagen und SBR-Anlagen.

## Tropfkörper weiterhin gefragt

Tropfkörperanlagen sind die Repräsentanten altbewährter Basistechnologie in der dezentralen Abwasserreinigung. Moderne Ausführungen erfüllen bei geringstmöglichen Betriebskosten alle administrativen Mindestanforderungen mit höchster Zuverlässigkeit. Tropfkörpersysteme enthalten eine Schüttung aus großporigem Schlackematerial, oftmals Lavagestein, das den reinigungsaktiven Mikroorganismen als Aufwuchssubstrat dient. Bei gleichmäßiger Abwasserbeschickung bilden sie auf dem Material einen Bakterienrasen, der die Abwasserinhaltsstoffe wirksam abbaut. Den hierzu erforderlichen Sauerstoff erhalten die Bakterien durch Luft, die mittels natürlicher Thermik von unten durch die Schüttung strömt. Ein Nachklärabteil beruhigt das gereinigte Wasser und lässt überschüssige Biomasse sedimentieren.

## Mini-Ausführung

Um den Abwasserstrom von bis zu acht Personen zu bewältigen, genügt eine Mini-Ausführung, bei der alle Anlagenkomponenten in einem einzigen Behälter Platz finden. Als nächste Größenvariante schließen zwei-Behälter-Anlagen an und ab etwa 20 Einwohnern verteilen sich die verschiedenen Anlagenfunktionen in der Regel auf drei Behälter. Es gilt heute als Standard, dass die Behälter in jedem Fall anschlussfertig geliefert und vom LKW direkt in die Baugrube gekrant werden.

## SBR überzeugt als Alleskönner

Auch eine SBR-Anlage gelangt auf diese Weise zum Kunden. Ausführungen bis etwa 50 Einwohner kommen mit einem Behälter aus. Außerdem gibt es SBR-Nachrüstsätze für bereits bestehende Faulanlagen. Die SBR-Technik arbeitet nach dem Aufstauprinzip. Das Abwasser wird also nicht im kontinuierlichen Durchlauf sondern chargenweise gereinigt. Das hierfür vorgesehen Kompartiment wird aus der Vorklärung mit einer definierten Abwasserportion befüllt, die dann ein festgelegtes, den jeweiligen Gegebenheiten genau angepasstes Reinigungsprogramm absolviert. So lässt sich ein besonders hoher Reinigungseffekt erzielen. Die Mikroorganismen schwimmen frei im Behandlungsbecken. Der Sauerstoffeintrag erfolgt durch Druckluft. Nach Abschluss der biologischen Reinigung erfolgt die Nachklärung im gleichen Becken. Am Ende wird das gereinigte Wasser abgepumpt; das Becken kann für den nächsten Reinigungszyklus neu befüllt werden.

## Hohe Leistung auf kleinem Raum

SBR-Anlagen sind kompakt. Sie erzielen hohe Leistung auf sehr kleinem Raum. Schwankungen der Zulaufmenge und Abwasserzusammensetzung wirken sich kaum auf die biologische Abbauleistung aus. Und SBR-Anlagen lassen sich durch Zubehörmodule stufenweise unterschiedlichen Anforderungen anpassen: als nitrifizierendes System, als Betriebseinheit mit Nitrifikation und Denitrifikation sowie zusätzlich auch mit Phosphatelimination und schließlich durch Einbau einer Membrankomponente sogar für die Nutzung des Ablaufs als Betriebswasser (vgl. Tabelle). Diese hohe Flexibilität ermöglicht betriebssichere Systemlösungen für jeden Bedarf - mit der CE-Plakette normgerecht in ganz Europa und am jeweiligen Einsatzort punktgenau anwenderorientiert. ❐

# Wirtschaftsfaktor Regenwassernutzung

**Jahresumsatz mit Zisternen, Pumpen, Steuerungstechnik und Installation wächst auf 340 Millionen Euro**

**Donaueschingen (mbm). - Regen ist mehr als nur schlechtes Wetter. Niederschläge können sogar strahlende Gesichter auslösen. Sie haben immerhin für einen Wachstumsschub in der Baubranche gesorgt und viele Betriebe über Wasser gehalten. Mit der Regenwassernutzung lassen sich zwischenzeitlich nämlich beachtliche Auftragsvolumen erzielen, wie eine statistische Untersuchung der Mall GmbH, Donaueschingen, herausfand.**

Jedes Jahr werden in Deutschland rund 80.000 Anlagen zur Regenwassernutzung gebaut und damit Umsätze in Höhe von 340 Millionen Euro generiert. Davon profitieren insbesondere Hersteller und Handwerker, die an Entwicklung und Installation von Zisternen, Pumpen und Steuerungstechnik beteiligt sind und dafür insgesamt 5.000 Arbeitsplätzen geschaffen haben. Jeder dritte Neubau (35%) in Deutschland wurde in 2005 mit einem Regenspeicher ausgerüstet. „Das ist, gemessen an der ökologischen und ökonomischen Bedeutung der Regenwassernutzung, noch viel zu wenig“, betonte Architekt Dipl.-Ing. Klaus Werner König aus Überlingen, ein ausgewiesener Regenwasserspezialist, „ich sehe noch große Potenziale in ganz Deutschland.“

Zuletzt ist der „Nischenmarkt für die Regenwassernutzung“ wegen der anhaltenden öffentlichen Diskussion über die steigenden Energiepreise ins Hintertreffen geraten. Fingerzeig der Mall-Studie: Nach deutlichen Abatzsteigerungen in den 90er Jahren, als jährlich zwischen rund 54.000 und 64.500 Zisternen eingebaut und damit Zuwächse von insgesamt 40 Prozent erzielt wurden, stagnierte der Markt für die Regenwassernutzung im vergangenen Jahr. Der Gesamtbestand an Regenspeichern in Deutschland wird aktuell auf 1,5 Mio. Stück geschätzt. Davon entfielen 60 Prozent auf die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, 30 bis 35 Prozent auf Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein und 5 bis 10 Prozent auf die neuen Bundesländer mit Berlin. In 2005 kamen rund 80.000 Zisternen aus Beton und Kunststoff hinzu, darunter 2/3 in Neu- und 1/3 in Altbauten.

Regenwasserexperten sehen gute Wachstumschancen in der Nachrüstung, in Großanlagen und im Export. „Wir starten eine breite Marktoffensive“, so fbr-Referent Dietmar Sperfeld im Namen der „Fachvereinigung Betriebs- und Regenwassernutzung“ (fbr, Darmstadt), es sei ein erklärtes Ziel, den Absatz der Regenwasserspeicher auf durchschnittlich 100.000 Stück pro Jahr zu steigern. „Wir wollen neue Marktanteile vor allem bei der Modernisierung im Bestand erzielen“, so Sperfeld. Es sei Aufgabe der Verbandskampagne, die Handwerker zurückzugewinnen als Multiplikatoren für die Regenwassernutzung, die nicht nur bei Neu-, sondern auch bei Altbauten sinnvoll und zweckmäßig sei.

## „Regen bringt Segen“

„Regen bringt Segen“, versicherte Markus Böll, fbr-Vorstandsmitglied und Leiter Vertrieb/Marketing der Mall GmbH, und konkretisierte: „Wir alle, Verband, Handel, Handwerk, Bauindustrie und Behörden, müssen mehr über ökonomischen und ökologischen Nutzen der Regenwassernutzung aufklären und für Investitionsimpulse in der Regenwassernutzung für öffentliche und private Neu- und Altbauten sorgen.“

Zahlreiche Städte und Gemeinden haben auf die vermehrte Regenwassernutzung schon reagiert und die gesplittete Abwassergebühr eingeführt. Wer mehr Regenwasser in Haushalt und Garten nutzt und deshalb weniger Trinkwasser verbraucht und gleichzeitig weniger vom Dach direkt in die Abwasserkanäle einleitet, der spart doppelt. Das heißt, dem stellt die Kommune eine günstigere Gebührenrechnung aus. Das gilt bundesweit schon für neun von zehn Haushalten, listete unlängst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) auf.

## Für Garten, WC und Waschmaschine

Mit einer aktiven Bewirtschaftung bzw. Nutzung von Regenwasser könnten Kommunen und Privatleute viel Geld verdienen. Wenn Regenwasserbewirtschaftung professionell betrieben werde, dann entlaste sie zunächst die Stadtkasse und später die Privatschatulle der Bürger, weil die Kommunen auf den Bau von teuren Kanälen und Regenrückhaltebecken verzichten und ihre Gebühren senken könnten, erläuterte Böll. Architekt Dipl.-Ing. Klaus Werner König aus Überlingen, der sein Fachwissen in seinem Ratgeber „Regenwasser - dezentral bewirtschaften“ und im Handbuch „Regenwassernutzung von A-Z“ für Planer, Handwerker und Bauherren zusammengefasst hat, sieht die dezentrale Nutzung und Bewirtschaftung von Regenwasser als die zentrale Umweltaufgabe in den nächsten Jahren. Überall dort, wo Regenwasser für die Gartenbewässerung oder die Klospülung genutzt werde, komme es zu beträchtlichen Einsparungen bei den Gebühren für Trink- und Abwasser.

Wer Regenwasser als Betriebswasser nutzt und für die Versickerung auf dem eigenen Grundstück sorgt, der kann seinen teuren Trinkwasserverbrauch und seine abgabenpflichtige Abwassermenge um 40 bis 60 Prozent verringern und spürbar sparen. Der durchschnittliche Wasserpreis lag 2004 bei 1,77 Euro/m³ und die Abwassergebühr 2004 im Durchschnitt bei 2,14 Euro/m³. Die Marktanalyse von Mall bezifferte das Einsparungspotenzial auf 75 Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr. Damit würden die Grundwasservorräte geschont, der eigene Geldbeutel finanziell und das öffentliche Kanalnetz hydraulisch entlastet. Zusammengerechnet könnten die bundesdeutschen Privathaushalte mit der Regenwassernutzung gut und gerne 300 Millionen Euro bei Wasser- und Abwassergebühren einsparen. Urteil der Experten: „Eine Regenwasseranlage rechnet sich auf jeden Fall!“ ❐

HUBER - Lösungen rund ums Wasser für die Großen und die Kleinen

**Angepasste Technologie für individuelle Kundenbedürfnisse:**

- ➤ Sanierung und Modernisierung der Maschinentechnik von Kläranlagen
- ➤ Konzepte und verfahrenstechnische Lösungen für eine wirtschaftliche Schlammentsorgung
- ➤ Innovative Kleinkläranlagen für dezentrale Abwasserreinigung
- ➤ Betriebskostensenkung durch intelligente Kanalspültechnik
- ➤ Edelstahlausrüstungen für die Trinkwasserversorgung

HUBER TECHNOLOGY

Hans Huber AG · Maschinen- und Anlagenbau · Industriepark Erasbach A1
92334 Berching · Telefon +49 - 8462 - 201- 0 · Telefax +49 - 8462 - 201 - 810
E-Mail: info@huber.de · www.huber.de

Stefan Mayer Bohrungen GmbH & Co. KG

*Ihr kompetenter Partner bei Horizontalbohrungen*

von DN 60 bis DN 1200 - gesteuert und ungesteuert in allen Böden

**Wendelsteinstraße 10 - D-83125 Schechen bei Rosenheim**
**Telefon 0 80 39 - 40 98 46 - Fax 0 80 39 - 38 50**
**info@mayer-bohrungen.de - www.mayer-bohrungen.de**

**Wiedereröffnung des Arber Wellenbades:**

# Grenzen überwinden für eine gemeinsame Zukunft

**Seit Ende vergangenen Jahres ist das Arber-Wellenhallenbad in Bayerisch-Eisenstein wieder für Wellness-Fans zugänglich. Touristiker, Politiker und die Bevölkerung von Bayern und Pilsen haben die Grenze überwunden, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Intensive Bemühungen auf beiden Seiten führten dazu, dass nur wenige Monate nach der offiziellen Schließung des Wellenbades die Tore rechtzeitig zur Wintersaison wieder geöffnet wurden.**

Neuer Betreiber des Arber-Wellenbades ist die Schweizer MEHCON-Gruppe. Durch tatkräftige Unterstützung von Einheimischen, Politikern und Behörden schaffte sie es, das Bad innerhalb von drei Wochen auf die Eröffnung vorzubereiten. Im Eiltempo wurden der ehemalige Eingangsbereich mit Fitnessgeräten ausgestattet, der Zugang zur Medizinischen Bäderabteilung und der Restaurantbereich umgestaltet. Im Moment wird daran gearbeitet, einen kleinen Kosmetikbereich im Bad einzurichten und die Sauna provisorisch zu modernisieren.

Auch das Konzept des Bades wurde etwas umgestaltet: „Der Eintrittspreis beinhaltet die zeitlich unbegrenzte Nutzung des renovierten Hallenbads samt Whirlpool und Außenbad, des Dampfbads, der Sauna sowie des Fitnessstudios mit einem Gerätewert von rund 250.000 Euro. Nur Solarien und Massagen sind extra zu bezahlen," erklärt hierzu Toni Mehmann, Gesellschafter der MEHCON-Gruppe.

Dass das Arber Wellenbad ein wichtiger Angebotsfaktor für den Tourismus in Zelezna Ruda ist, darauf verwies Petr Zimmermann, Präsident der Region Pilsen: „Da im Umkreis von rund 40 Kilometern auf Tschechischer Seite kein entsprechendes Angebot vorhanden ist, profitiert auch der Ort Zelezna Ruda wesentlich von der Wiedereröffnung des Bades." Jiri Vonásek, Bürgermeister von Zelezná Ruda ist vom Vorteil für seine Gemeinde überzeugt: „Wir stehen hinter dem Badprojekt, da nicht nur unser touristisches Angebot verbessert wurde, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen wurden. Gemeinsam mit Bayerisch Eisenstein wollen wir den Tourismus im Eisensteiner Tal weiterentwicklen und neue Impulse setzen."

Die Eröffnungsfeier mit Landrat Heinz Wölfl, dem Eisensteiner Bürgermeister Thomas Müller, Petr Zimmermann, Präsident der Region Pilsen sowie Jiri Vonásek, Bürgermeister von Zelezna Ruda, stand unter dem Motto: „Wiedereröffnung Arber-Wellenbad - Grenzen überwinden für eine gemeinsame Zukunft".

Landrat Heinz Wölfl und Bürgermeister Thomas Müller nutzen im Rahmen der Eröffnungsfeierlichkeiten die Gelegenheit, Zukunftspläne in der touristischen Entwicklung des Ortes und der Region vorzustellen. Wölfl zufolge ist das Potential für einen grenzüberschreitenden Tourismus innerhalb des Landkreises Regen sehr groß. Auch die Einweihung der neuen Arber-Bergbahn zeige, wie wichtig die Besucher aus Tschechien sind. Im Arber-Skigebiet seien rund 30 Prozent tschechische Ski-Fahrer zu verzeichnen. „Der tschechische Tourismusmarkt ist ein Markt mit hohen Entwicklungspotentialen und deshalb freut es mich, dass mit diesem Badprojekt im Landkreis Regen ein gemeinsamer Weg zwischen den beiden Regionen eingeschlagen wurde," erklärte Wölfl.

### Aufbruchstimmung

Bürgermeister Müller stellte fest, dass durch die Wiedereröffnung des Arber Wellenbades in Bayerisch Eisenstein eine Aufbruchstimmung zu spüren ist. „Doch mit der Badöffnung ist erst ein Schritt von vielen getan. Aufgrund der einzigartigen Lage von Bayerisch Eisenstein und Zelezna Ruda bieten sich noch weitere grenzüberschreitende Projekte an. Denkbar wären ein grenzüberschreitender Golfplatz oder eine gemeinsame Tourist-Info im Bahnhof Alzbetin/Bayerisch Eisenstein," betonte Müller. **DK**

**Bäderinfrastruktur:**

# SPD schlägt Alarm

**Der sportpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Willi Leichtle, schlägt Alarm: In Bayern wurden in den vergangenen zehn Jahren 48 Hallenbäder, 14 Freibäder und 33 Schulschwimmbäder geschlossen. 24 Bäder wurden in sogenannte Spaßbäder umgewandelt und die Schließung weiterer sieben Bäder steht bevor.**

Der Deutsche Sportbund (DSB) und die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG), so der SPD-Sportsprecher, wiesen vermehrt auf die zunehmende Zahl der Nichtschwimmer oder der ungeübten Schwimmer unter den Kindern und Jugendlichen und die hieraus entstehenden Folgen hin. Bei der Veröffentlichung der sogenannten DSB-Sprint-Studie forderte Prof. Brettschneider, es müsse etwas in Richtung Bäderpolitik passieren.

### Finanzielle Überforderung

Zwar seien der Bau und der Unterhalt von öffentlichen Bädern keine staatliche Aufgabe, sondern zählten zur Daseinsvorsorge der Kommunen. Leichtle zufolge „ist es jedoch eine Tatsache, dass die Kommunen bei der Sanierung der Bäder finanziell völlig überfordert sind". Bis vor etwa zehn Jahren habe es im Rahmen des Artikels 10 Finanzausgleichsgesetz für die Errichtung und Sanierung kommunaler Breitensportanlagen (hierzu zählen auch die Bäder) je nach Finanzkraft der Kommune zwischen 30 und 60 Prozent staatliche Zuschüsse gegeben. Der Großteil der Bäder sei in den sechziger und siebziger Jahren gebaut worden und nunmehr dringend sanierungsbedürftig.

### Spaßbäder nicht geeignet

Da die Kommunen jedoch ohne staatliche Zuschüsse finanziell nicht in der Lage seien, diese meist kostenintensiven Maßnahmen durchzuführen, würden die Bäder geschlossen. Die Bäder-Infrastruktur in Bayern werde damit immer schlechter. Schulen, Lehrer und Eltern klagten darüber, dass im Schulsport die Wegezeiten für die Schüler immer länger und damit der Schwimmunterricht immer kürzer werde. Spaßbäder seien meist für den Schwimmunterricht nicht geeignet oder zu teuer. **DK**

**Hochwasserschutz:**

# Fortschritt im Mindeltal

**Acht Gemeinden im Mindeltal haben sich dazu entschlossen, gemeinsam ihre Bürger vor Mindelhochwasser zu schützen. Zu diesem Zweck schließen sie eine Rahmenvereinbarung mit dem Freistaat ab.**

Die von Landrat Hubert Hafner initiierte Mindeltalstudie hatte unter anderem auch einen umfassenden Hochwasserschutz für das Mindeltal zum Ziel. Auf diesem Weg ist eine weitere Hürde genommen. Die Kommunen Balzhausen, Ursberg, Thannhausen, Münsterhausen, Burtenbach, Jettingen-Scheppach, Burgau und Offingen haben jetzt der Rahmenvereinbarung mit dem Freistaat Bayern zugestimmt. Dies war zwingende Voraussetzung, damit das Wasserwirtschaftsamt Krumbach die notwendige Planung vorantreiben kann. Sobald die Planungsarbeiten abgeschlossen sind, haben die Kommunen erneut darüber zu entscheiden, o vcb sie sich an den konkreten Hochwasserschutzmaßnahmen beteiligen. Ulrich Kost vom Wasserwirtschaftsamt Krumbach geht derzeit davon aus, dass bei Realisierung der Hochwasserschutzmaßnahmen, z. B. von Dämmen, Kosten von ca. 17,6 Mio. Euro entstehen werden. Hiervon trägt der Freistaat Bayern dann einen Anteil von ca. 10 Mio. Euro.

Landrat Hafner, dem der Hochwasserschutz ein besonderes Anliegen ist, dankte allen beteiligten Kommunen, aber auch den mitarbeitenden Behördenvertretern. **Hans Joas**

**Der Rosenheimer Mini-Laden ist Preisträger des „Bürgerpreises 2005", der heuer unter dem Motto „Nachbarschaft" stand. Aus über 700 Projekten und Initiativen hat es der ehrenamtlich betriebene Laden bis unter die letzten Drei geschafft. „Eigentlich war dies schon ein toller Erfolg", so Hilde Wagner, eine der Ehrenamtlichen. Mit Marktleiter Josef Michlbauer reiste eine achtköpfige Gruppe der Initiative auf Einladung des Deutschen Sparkassenverbands nach Berlin. Die Verleihung fand am 5. Dezember, dem bundesweiten Tag des Ehrenamtes, statt. Die Rosenheimer erhielten den zweiten Platz in der Kategorie Projekte. Zu den ersten Gratulanten gehörten die beiden Rosenheimer Bundestagsabgeordneten Daniela Raab (CSU) und Angelika Graf (SPD). Beide wollen sich für den Fortbestand des Mini-Ladens einsetzen. Die Jury hatte das Rosenheimer Projekt nominiert, da es insbesondere älteren und in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen die Möglichkeit gibt, in der Nachbarschaft ihren täglichen Bedarf zu organisieren. Dieser regelmäßige Treffpunkt bietet wohnortnah Sicherheit und Geborgenheit in der Gemeinschaft. Damit wird ihnen ein Stück Lebensqualität zurückgegeben, so das Votum der Jury.** ❐

**„Flussparadies Franken e. V.":**

# Miteinander von Tourismus und Umweltschutz

**Eine Vision nimmt Gestalt an: Als der Bamberger Landrat Dr. Günther Denzler vor zweieinhalb Jahren seine Idee von einem „Flussparadies Franken" in der Öffentlichkeit präsentierte, hatten nur wenige erwartet, dass daraus so schnell konkrete Ergebnisse erwachsen würden. Nunmehr fand im Landratsamt Bamberg die Gründungsversammlung des Vereines „Flussparadies Franken e. V." statt. Damit ist der nächste wichtige Schritt auf dem Weg zu einer einzigartigen Erholungs- und Reiselandschaft getan.**

Der Verein bietet eine tragfähige und auf Dauer angelegte Organisationsstruktur für das Projekt. Zahlreiche Kommunen der Region beteiligen sich bereits: Neben dem Landkreis und der Stadt Bamberg der Landkreis Haßberge, die Städte Baunach und Hallstadt, die Märkte Buttenheim, Hirschaid, Rattelsdorf, Zapfendorf, die Gemeinden Altendorf, Bischberg, Breitengüßbach, Kemmern, Oberhaid, Pettstadt, Strullendorf, Viereth-Trunstadt (alle Landkreis Bamberg) sowie der Markt Eggolsheim und die Gemeinde Hallerndorf (Landkreis Forchheim).

### Vorsitzender Denzler

Zum Vorsitzenden wurde Landrat Dr. Günther Denzler gewählt, zu seinem Stellvertreter der Haßfurter Landrat Rudolf Handwerker. Weitere Gemeinden, auch aus angrenzenden Landkreisen, haben grundsätzlich Interesse signalisiert, zu einem späteren Zeitpunkt beizutreten. Als erstes Fördermitglied konnte die Sparkasse Bamberg gewonnen werden. Der Verein hat am 1. Januar seine Arbeit aufgenommen.

Das Flussparadies Franken ist mittlerweile zu einem über die Region hinaus bekannten Ansatz für das Miteinander von Tourismus und Naturschutz geworden und soll die wirtschaftliche Entwicklung Frankens tatkräftig voranbringen. Im Raum Lichtenfels - Bamberg - Forchheim - Haßfurt prägen Main und Regnitz mit knapp 1.000 ha Wasserfläche den individuellen Charakter der Landschaft; dazu kommen etwa 950 ha Kiesbaggerseen, so dass hier bereits jetzt fast 2.000 ha Wasserfläche existieren. Langfristig werden durch den Kiesabbau noch einmal ca. 700 ha Wasserfläche hinzukommen. Zum Vergleich: Das Fränkische Seenland südwestlich von Nürnberg, mittlerweile als Urlaubsregion fest etabliert, hat alles in allem eine Wasserfläche von etwa 1.500 ha.

### Ziehen an einem Strang

„Mit diesen Pfunden müssen wir wuchern. Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir im positiven Sinne viel für unsere Region und für nachfolgende Generationen erreichen," so der Appell des neugewählten Vorsitzenden an die Gründungsmitglieder.

Tatsächlich setzt das Projekt Zeichen hinsichtlich grenzüberschreitender Kooperation und weckt Kräfte, die eigenen Potentiale zu erkennen und gemeinsam auszubauen. Seit dem Start sind bereits mehrere Maßnahmen verwirklicht worden: „Bootsvergnügen am Obermain" heißt ein Kanuwanderweg auf der 30 km langen freien Fließstrecke des Mains zwischen Lichtenfels und Hallstadt, „Natur- und Kulturgenuss im Regnitz- und Aischtal" der optimierte und intensiv vermarktete Regnitzradweg und in der Stadt Bamberg gibt es inzwischen den „Fluss-Erlebnis-Pfad".

Aktuell wird der Bereich zwischen Bamberg und Haßfurt im „Zukunftsplan Maintal" mit einem raumordnerischen Entwicklungskonzept für die unterschiedlichsten Nutzerinteressen neu bewertet, um künftig eine geordnete Entwicklung für diesen Abschnitt des Flussparadieses Franken zu ermöglichen.

Landrat Denzler ist überzeugt, dass der Verein Flussparadies Franken e. V. weitere positive Entwicklungsakzente in der Region für den Tourismus und die Naherholung setzen wird: „In der Zukunft werden wir gemeinsam erfolgsversprechende Projekte entwickeln und umsetzen. Wer dazu neue Visionen und Ideen oder Maßnahmen hat, kann schon jetzt mit seinen Überlegungen und Vorschlägen an das Projektmanagement herantreten. Gleichzeitig appelliere ich an alle, die Mitgliederwerbung für den neuen Verein positiv zu unterstützen." **DK**

Bayerische Gemeindezeitung
Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

**ISSN 0005-7045**
**Fachblatt der KPV in Bayern**
**Herausgeber:**
Landrat Luitpold Braun
**Ehrenherausgeber:**
Beda Bohinger
Otto Ammon
**Redaktion:**
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13
**Ständige Mitarbeiter:**
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
**Anzeigen- und Vertriebsleitung:**
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 01.01.2006
**Anzeigenschlußtermine:**
siehe Erscheinungs- und Themenplan
**Erscheinungsweise:**
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
**Jahresbezugspreis Inland:**
76,10 zzgl. MWSt.
**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**
(Abrechnung über eine Adresse)
38,25 zzgl. MWSt.
**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) 27,-- zzgl. MWSt.
**Kündigung:**
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
**Verlags- und Geschäftsleitung:**
Anne-Marie von Hassel
**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
**Telefon 08171 / 9307-11**
**Telefax 08171 / 805 14**
**eMail:** info@gemeindezeitung.de
**Internet:** http://www.gemeindezeitung.de
**Bankverbindungen:**
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
**Druck und Auslieferung:**
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Die stolze Familie Rupprecht - Vater Franz (2. v. l., hintere Reihe), Mutter Claudia (mit Blumen) und ihr jüngster Sprössling Josef - sowie eine Delegation der Marktgemeinde Leuchtenberg. ❐

Marktgemeinde Leuchtenberg:

# Besondere Ehre für Familie Rupprecht

**Bundespräsident Köhler übernahm Ehrenpatenschaft für siebtes Kind**

**Leuchtenberg/Unternankau, Landkreis Neustadt an der Waldnaab - Für jedes siebte Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik übernimmt der Bundespräsident die Ehrenpatenschaft, wenn dies von der jeweiligen Gemeinde des Neugeborenen gemeldet wird. Einst war die Bedingung, dass es männliche Erdenbürger sein müssen. Im Zeitalter der Gleichberechtigung, bzw. Gleichstellung wird jedes siebte Kind, ob männlich oder weiblich, einer Familie mit dieser Ehre ausgezeichnet. In der Marktgemeinde Leuchtenberg wurde diese Ehrenpatenschaft am Sonntag übertragen.**

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler hat die Ehrenpatenschaft von Josef Georg Rupprecht aus Unternankau übernommen.

Die Urkunde, unterzeichnet vom Bundespräsidenten, dem höchsten Amt im Staat, mit dem Geldgeschenk von 500 Euro, sowie einem Foto mit Unterschrift, überreichte die Bürgermeisterin Waltraud Benner-Post im Namen des Bundespräsidenten. Im Beisein von Marktrat Josef Schärtl übergab die Bürgermeisterin die besondere Ehrenurkunde und betonte, dass Schärtl vor 55 Jahren vom ersten Bundespräsidenten Prof. Dr. Theodor Heuss ebenso die Ehrenpatenschaft bekommen habe wie heute Josef Rupprecht.

### Politische Prominenz

Die Eltern Franz und Claudia Rupprecht mit ihren Kindern Katharina, Veronika, Johannes, Elisabeth, Annemarie und Helena zeigten sich sehr erfreut über diese Patenschaftsübernahme. So hat Josef, der am 21. August das Licht der Welt erblickte, außer seinem Paten Georg, dem Bruder seines Vaters, jetzt auch den Bundespräsidenten zum Paten.

Verwandtschaftlich kann der neue Erdenbürger mit politischer Prominenz aufwarten, denn sein Großvater Georg Rupprecht war der zweite Bürgermeister der Marktgemeinde Leuchtenberg und der ehemalige Landrat des einstigen Landkreises Vohenstrauß, Johann Pösl war der Großonkel von Claudia Rupprecht, der Mutter des neuen „Ehren-Erdenbürgers". Ein weiterer Politpromi ist der Bundestagsabgeordnete Albert Rupprecht, er ist der Cousin vom Vater des kleinen Erdenbürgers Josef. **sl**

Entwicklungskonzept Ostallgäuer Gemeinden:

# Kooperation stärkt Region

**Neue Verkehrswege wie die Autobahn A 7 im Allgäu bieten den betroffenen Kommunen große Entwicklungschancen, stellt sie gleichzeitig aber auch vor Probleme. Mit Unterstützung der Ländlichen Entwicklung haben sich vor drei Jahren zehn Ostallgäuer Gemeinden entlang der A 7 zusammengeschlossen, um ein gemeinsames Entwicklungskonzept zu erarbeiten.**

Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller bei einer Pressekonferenz in Füssen sagte, hat sich diese Gemeindeallianz inzwischen zu einem Musterbeispiel entwickelt, wie Eigeninitiative und ausgeprägter Wille zur Zusammenarbeit zum größtmöglichen Nutzen für eine Region in den Bereichen Infrastruktur und Tourismus führen können.

### Mehr Arbeitsplätze

Die Stadt Füssen, der Markt Nesselwang sowie die Gemeinden Eisenberg, Hopferau, Pfronten, Rieden am Forggensee, Roßhaupten, Rückholz, Schwangau und Seeg haben nach den Worten des Ministers frühzeitig erkannt, dass solche Kooperationen regionale Wirtschaftskreisläufe fördern: „Damit werden Wertschöpfung, Einkommen sowie die Kaufkraft gestärkt. Und was besonders wichtig ist - es werden Arbeitsplätze geschaffen." Nach Millers Angaben sollen die Initiativen des Zweckverbands „Allgäuer Land" dazu führen, dass deutlich mehr als 300 neue Arbeitsplätze entstehen. So ist in der Verantwortung der Kommunen ein interkommunaler Industrie- und Gewerbepark geplant. Weitere Projekte sind eine Rasthofanlage an der Autobahn und eine Trendsportanlage in Nesselwang. Konzepte zur Ansiedelung gehobener Hotellerie oder auch für einen gemeindeübergreifenden Golfplatz werden derzeit vorbereitet.

Grundlage und Garant für die konsequente Umsetzung der Vorhaben ist nach Millers Worten der enge Bezug zu den Instrumenten der Ländlichen Entwicklung. Mittlerweile sind im Gebiet der zehn Kommunen sieben Verfahren der Flurneuordnung oder Dorferneuerung mit einer Gesamtfläche von über 5500 Hektar in Bearbeitung. Allein in den Verfahren in Enzenstetten und Hopferau sind Gesamtinvestitionen von über neun Millionen Euro geplant.

Unterstützt werden die einzelnen Projekte des Entwicklungskonzepts - so beispielsweise das Gewerbegebiet - durch das Bodenmanagement. Damit soll eine Zersiedelung vermieden, der Landverbrauch eingeschränkt und das typische Allgäuer Landschaftsbild erhalten werden. **DK**

# Neues Begegnungszentrum in der Gemeinde Marktl

**Marktl, Geburtsort von Papst Benedikt XVI. rüstet sich für den im September erwarteten Besuch des Oberhaupts der katholischen Kirche. Hierzu nahm die Gemeinde ihr neues Tourismus- und Begegnungszentrum offiziell in Betrieb.**

Bei einer Feierstunde wies Bürgermeister Hubert Gschwendtner darauf hin, dass seit der Papst-Wahl Joseph Ratzingers bereits 110.000 Besucher aus aller Welt Marktl besucht hätten.

### Zentrale Anlaufstelle

Das Tourismuszentrum im Bürgerhaus gelte künftig als zentrale Anlaufstelle für alle Gäste der am Inn gelegenen Gemeinde. Neben Informationen über den Ort und das Wirken des prominentesten Sohnes von Marktl sowie Buchungsmöglichkeiten von Übernachtungen sollen dort auch Ausstellungen und Vorträge stattfinden. Ebenso ist an Konzerte und Präsentationen etwa von Büchern über den Papst gedacht.

Kurz vor Weihnachten wurde auch der Verkauf des zuvor in Privatbesitz befindlichen Geburtshauses von Benedikt XVI. an eine kirchliche Stiftung perfekt gemacht. Das denkmalgeschützte Gebäude im Ortszentrum soll neben einem Museum zu einer religiösen Begegnungsstätte für Gläubige aus aller Welt werden.

Ob es dem Papst bei dessen voraussichtlichem Besuch Mitte September bereits präsentiert werden kann, ist offen. Sollte der Papst tatsächlich in seine Heimatgemeinde kommen, plant diese aber einen Abstecher des Pontifex in die Pfarrkirche, wo Joseph Ratzinger am 16. April 1927 nur wenige Stunden nach seiner Geburt getauft wurde. **DK**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

# „Stoppt den Straßenmoloch!"

*„Man muss die Dinge nehmen wie sie sind. Das Bürgerbegehren gibt's nun mal, ob ich es für sinnvoll halte oder nicht." Mein Chef, der Bürgermeister, formulierte diese sehr pragmatische Einstellung in einem Interview mit der Heimatzeitung.*

*Anlass war, dass eine Bürgerinitiative angefangen hat, Unterschriften gegen die Planungen einer neuen Entlastungsstraße für den östlichen Stadtbereich zu sammeln. Der Stadtrat, die Regierung und alle möglichen in die Planung eingeschalteten Behörden haben sehr gründliche Arbeit geleistet, um die optimale Trassenführung zu entwickeln. Es fanden Sitzung um Sitzung und Versammlung um Versammlung mit allen möglichen Interessengruppen und Betroffenen statt. Aber es jedem Recht getan ist halt eine Kunst, die keiner kann. So haben sich also ein Lehrer und ein Körndlfutter-Freak, der einen Biolader betreibt, zusammen getan und eine Bürgerinitiative „Stoppt den Straßenmoloch" gegründet.*

*Abgesehen davon, dass eine Straße mit jeweils einer Spur pro Fahrrichtung, beidseitigen Fahrradwegen und Baumgräben mit Alleecharakter kein Moloch ist, sieht die Rechnung so aus: Ein ganzes Stadtquartier wird vom Durchgangsverkehr inklusive Schwerlastern befreit, dafür wird zugegeben etwas Boden mit Beton versiegelt und statt flacher Landschaft wird es an der ein oder anderen Stelle Lärmschutzwälle geben müssen. Eigentlich klar, was für die Bevölkerung besser ist.*

*Aber man glaube es oder glaube es nicht: Die Querulanten haben gar keinen so schlechten Zulauf. Von der Entlastung der Anwohner reden sie natürlich nicht. Sondern von einer Störung der Ökologie (welcher?), von einer Vorbereitung zur Erschließung neuer Baugebiete (was ist daran so verkehrt?), von einer Verschandelung der Landschaft (aber für Windkraftanlagen demonstrieren!). Penibel werden die Gräser aufgezählt, die auf den sauren Wiesen entlang der Trasse wachsen und es werden die Tiere beklagt, die angeblich vom Brüten oder von ihren Wanderungen abgehalten werden, wenn die Straße kommt.*

*Beispiele wie das unsere hätte sich die illustre Festversammlung mal anschauen sollen, die vor ein paar Monaten das Jubiläum 10 Jahre Bürgerentscheid in Bayern feierte. Denn was als demokratischer Meilenstein gepriesen wurde, ist doch eigentlich nur ein Instrument zur Verhinderung, gelegt in die Hände von Leuten, die eigene Interessen über das Gemeinwohl stellen. Wann gab es denn mal ein Bürgerbegehren zugunsten eines Projekts - außer den Tunnelentscheid in München? Es geht doch immer nur gegen etwas, seien es Hochhäuser, Stadthallen oder Gewerbegebiete. Wer glaubt denn ernsthaft, dass König Ludwig I. das Pompejanum hätte erbauen können, wenn es 1840 in Aschaffenburg schon einen Bürgerentscheid gegeben hätte? Oder König Max II. das Maximilianeum, das die Isaranlagen zerstörte?*

*Nein, wer auf die Segnungen der direkten Demokratie schwört verkennt, dass - zumindest in unseren Breiten - beim Menschen das Negative überwiegt. Angst vor Veränderung, das Hängen am Bestehenden, die Verunsicherung durch Schwarzmaler und Bedenkenträger aller Art. Das abwägende Argument, die Berücksichtigung von schwer zu vermittelnden Zusammenhängen, die mutige Entscheidung, die - heute unpopulär - morgen gute Ernte einfahren wird, haben es da sehr schwer.*

*Mein Chef, der Bürgermeister, geht wie immer pragmatisch an die Sache. Er gedenkt, für das ihm richtig Scheinende zu kämpfen und hofft auf seine Überzeugungskraft. Und wenn nicht? Ausbaden müssen es die Bürger der östlichen Stadtteile und Recht geschieht denen, die sich jetzt nicht für die Straße einsetzen. Dabei verweist er auf den Satz von Winston Churchill auf dem heutigen Kalenderblatt: „Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen."*

Ihre Sabrina

Pressekonferenz der NürnbergMesse:

# In Erwartung eines Rekordjahres

**120 Millionen Euro Konzernumsatz - Neue Tochtergesellschaft in China**

**Vor einem neuen Rekordjahr steht die NürnbergMesse im Jahr 2006: Wie Geschäftsführer Bernd A. Diederichs bei der Jahrespressekonferenz in der Norisstadt betonte, wird der Umsatz seinen Erwartungen zufolge auf rund 120 Millionen Euro (2005: 96 Mio. Euro; 2004: 108 Mio. Euro) klettern. „Dieses Wachstum werden wir aus eigener Kraft, also ohne Zukäufe realisieren", erklärte Diederichs. Mit der Gründung einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft in China würden zudem die Weichen für ein weiteres Wachstum im Ausland gestellt.**

Gegenüber dem turnusbedingt besser vergleichbaren Jahr 2004 soll der Umsatz der Nürnberg-Messe 2006 deutlich um rund elf Prozent zulegen. „Trotz der vierwöchigen Pause durch die Fußball-WM, in der für Messen nicht ausreichend Hotelzimmer zur Verfügung stehen, erwarten wir eines der veranstaltungsstärksten Jahre in der Geschichte der NürnbergMesse", so Diederichs.

Insgesamt finden 27 internationale Fachmessen und Fachausstellungen statt, im turnusgemäß schwächeren Veranstaltungsjahr 2005 waren es 22. Weitere elf Eigen- und Partnerveranstaltungen werden durch die Auslandsmessegesellschaft Nürnberg Global Fairs durchgeführt.

### Verstärkte Präsenz

„China ist bereits heute nach Italien das zweitwichtigste Ausstellerland der NürnbergMesse", erklärte Diederichs. Die Größe und Komplexität der chinesischen Wirtschaft, die Andersartigkeit der Marktbearbeitung, die Sicherung der hohen Anzahl eigener Projekte und die interessanten Kooperationsangebote erforderten aus strategischer Sicht eine verstärkte direkte Präsenz in China. Davon würden auch die Fachmessen in Nürnberg nachhaltig profitieren. Bereits in den vergangenen fünf Jahren habe sich der Anteil chinesischer Unternehmen in Nürnberg auf rund 800 knapp verdreifacht. Inzwischen komme knapp jeder zehnte internationale Aussteller am Messeplatz Nürnberg aus China. Geschäftsführer dieser jüngsten Konzerntochter mit Sitz in Shanghai wird Axel Bartkus, seit zwei Jahren bei Nürnberg Global Fairs insbesondere für die chinesischen Messeaktivitäten verantwortlich.

### Dritthöchster Umsatz

2005 war laut Diederichs für die NürnbergMesse ein turnusgemäß schwächeres Jahr. Dennoch konnte mit rund 96 Millionen Euro der dritthöchste Umsatz in der Geschichte der NürnbergMesse erzielt werden. Insbesondere die Geschäftsbereiche Nürnberg Global Fairs (plus 60 Prozent) und CCN Congress Center Nürnberg (plus 125 Prozent) glänzten mit einem deutlichen Umsatzplus und sorgten für ein Ergebnis von vier Prozent über dem Wirtschaftsplan.

### Zunehmende Internationalität

Insgesamt beteiligten sich trotz des Pausierens der BRAU Beviale und des Fachmessetrios FachPack, PrintPack und LogIntern über 21.200 Aussteller und rund 1,18 Millionen Besucher an den Veranstaltungen im In- und Ausland. Erneut überproportional stieg die internationale Beteiligung auf 8.128 Aussteller. „Die Veranstaltungen in Nürnberg werden immer internationaler. Inzwischen kommen rund 37 Prozent aller Aussteller aus dem Ausland, bei unseren Eigenveranstaltungen sind es sogar 52 Prozent", zeigte sich Diederichs erfreut. **DK**

## CSU bereitet Oberpfälzer Kommunalgipfel vor

Zu einem „Oberpfälzer Kommunalgipfel" wird die CSU-Oberpfalz im Verlauf des Frühjahrs einladen. Zusammen mit den Parlamentsvertretern und den Repräsentanten aus den Gemeinden und Landkreisen der Oberpfalz soll die Notwendigkeit einer engeren Verzahnung zwischen der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik herausgestellt werden. Die Vorbereitung des „Gipfels" wurde bei der Klausurtagung der Oberpfalz-CSU in Schwandorf dem Regensburger Landrat und Bezirksvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Herbert Mirbeth, übertragen. ❐

# „König vom Rottal“ gestorben

**Die Region trauert um Landrat a. D. Ludwig Mayer**

Der frühere Landrat von Rottal-Inn, Ludwig Mayer, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Der leidenschaftliche Politiker, in der Region und darüber hinaus als „König vom Rottal“ tituliert, erlag in einer Reha-Klinik den Folgen einer schweren Herzerkrankung.

### Gewonnene Wahl 1972

Der in Eggenfelden geborene Politiker wurde 1972 für die CSU zum ersten Landrat

Ludwig Mayer † ❐

des bei der Gebietsreform neu geschaffenen Landkreises Rottal-Inn gewählt. Viel Fingerspitzengefühl, aber auch eine gute Portion Durchsetzungsvermögen musste der damals junge Landrat aufbringen, um die Gebietsreform, die tiefe Gräben hinterlassen hatte, zu überwinden. Bis heute trägt der Landkreis Rottal-Inn den unübersehbaren Stempel der erfolgreichen Arbeit von Ludwig Mayer: Nicht zuletzt die Vollendung großer Bauvorhaben wie die Krankenhäuser in Eggenfelden und Pfarrkirchen sowie weiterführende Schulen sind eng mit seinem Namen verbunden.

### Kampf ums Recht

Bundesweite Schlagzeilen machte der auch über Parteigrenzen hinweg geschätzte und geachtete Vollblutpolitiker, als er nach einem Disziplinarverfahren seines Amtes enthoben wurde. Er hatte staatliche Zuschüsse für die Kreiskrankenhäuser anders verteilt als von der Staatsregierung angeordnet. Selbst bereichert hatte sich Mayer allerdings nicht. In mehreren Verfahren, die sich über Jahre hinzogen, kämpfte der Verstorbene um sein Recht, unterlag jedoch in letzter Instanz und wurde verurteilt. Anfang 1994 begnadigte ihn Ministerpräsident Edmund Stoiber.

### Ehefrau als Nachfolgerin

In einer Protestwahl wählten die Rottaler 1988 Mayers Ehefrau Bruni zu dessen Nachfolgerin. Bis heute ist sie für die damals neu gegründete „Unabhängige Wählergemeinschaft“ im Amt - erst vor wenigen Monaten wurde sie mit überzeugender Mehrheit wiedergewählt. **DK**

## Vorschau auf GZ 4

**In unserer nächsten Ausgabe Nr. 4, die am 16. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:**

- **Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung**
- **Abfallwirtschaft und Recycling, Altlastensanierung**
- **Umweltschutz - Luftreinhaltung, Lärmschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**

**Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein würdigte die Arbeit der Krankenhaus-Mitarbeiter. Bild: Jamin**

# Das Bezirkskrankenhaus Landshut ist zertifiziert

*Von Dr. med. Franz Stark und Dr. Klaus Jamin*

**Es ist schon ungewöhnlich, wenn Unternehmen der Privatwirtschaft eine Zertifizierung nach ISO 9001: 2000 selbst vorbereiten. Noch ungewöhnlicher ist es jedoch, wenn ein Bezirkskrankenhaus aus dem Willen heraus, sich selbst zu verbessern, unterstützt von den eigenen Mitarbeitern, eine Zertifizierung vorbereitet.**

Ganz so einfach ist dieses Unterfangen freilich nicht: Man muss die Normen kennen lernen, das Verbesserungssystem integrieren, Kunden und Mitarbeiter befragen und schließlich das Qualitätsmanagement eingeführt haben, um zertifiziert werden zu können.

Das Bezirkskrankenhaus Landshut des Bezirks Niederbayern hatte sich unter der Leitung des Ärztlichen Direktors Prof. Dr. Philipp, des Chefarztes der Kinderpsychiatrie, der QM-Beauftragten Frau Knab und des kaufmännischen Direktors Herrn Zacherl, die Aufgabe gestellt, zum Vorreiter des hauseigenen Qualitätsmanagement zu werden.

### Transparentes Terrain

QM wurde dabei als die Chance gesehen, durch eigene intensive Fortbildungen vom Chef bis zu jedem Mitarbeiter ein transparentes Terrain zu schaffen, auf dem jeder seine Verantwortung für den Gesamtprozess eingebracht hat. Nur so konnte es in jahrelangen Bemühungen geschehen, dass unterschiedliche Prozessanforderungen einer psychiatrischen Klinik als Gemeinschaftswerk gesehen und verwirklicht wurden. Der hohe Wissensstandard aller Mitarbeiter, das persönliche Engagement, die politische Nicht-Einmischung und die sonst nicht immer so reibungslose Zusammenarbeit der Beteiligten hat hier zum Wohle der Patienten, der Mitarbeiter und der Klink selbst einen bahnbrechenden Prozess eingeleitet, der auch in Zukunft noch viele Früchte tragen wird.

Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein würdigte die Arbeit der Mitarbeiter des Krankenhauses als eine hervorragende Leistung, die sicher nicht allein aus Kostengründen angestrebt worden war.

Das Zertifikat der Zertifizierungsstelle der Landesgewerbeanstalt (LGA Interzert) hat für Krankenhäuser und für die Patienten eine nicht zu unterschätzende hohe Bedeutung. ❐

**Verstärkte Förderung der Euregionen:**

# Steinmaßl begrüßt EP-Forderung

**Euregio-Vizepräsident Hermann Steinmaßl begrüßt ausdrücklich die vor kurzem vom Europäischen Parlament erhobene Forderung, Euregionen als eines der Mittel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verstärkt zu fördern. Am Beispiel der Euregio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein zeige sich, dass Kommunen und Einrichtungen beiderseits der Grenze ihre Aufgaben wesentlich effektiver lösen könnten, wenn sie über eine gemeinsame Plattform verfügten. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Tourismus, Soziales, Kultur und Umwelt sei die Entwicklung und Durchsetzung gemeinsamer Positionen nötig, um im Wettbewerb der europäischen Regionen bestehen zu können.**

Das Europäische Parlament verlangt von den Mitgliedsstaaten zur Stärkung der rund 70 Euregionen unter anderem, dass sie ermächtigt werden, bestimmte grenzübergreifende EU-Programme ab dem Jahr 2007 in Partnerschaft mit nationalen Einrichtungen zu erarbeiten, durchzuführen und zu verwalten. Die Euregionen seien eine „Drehscheibe“ für alle grenzübergreifenden Beziehungen und benötigten einen „gewissen Rechtsstatus“, um Alltagsprobleme auf beiden Seiten der Grenze besser lösen zu können.

Der Landkreis Traunstein gehört den Euregionen „Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein“ sowie „Inntal“ an. Besonders die Beziehungen in den Salzburger Raum haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt. Sowohl Behörden als auch Wirtschaftseinrichtungen pflegen einen regelmäßigen Dialog.

Steinmaßl zufolge bietet Salzburg mit seinem weltweiten Bekanntheitsgrad der bayerischen Seite sehr große Chancen als Universitäts- und Kulturstadt sowie als Verkehrsknoten. Umgekehrt kann Salzburg vom weltweit guten Ruf der „bei uns angesiedelten High-Tech-Betriebe“ profitieren.“ Projekte wie zum Beispiel die geplanten Salzachbrücken, eine weitere Attraktivitätssteigerung des Salzburger Flughafens oder die Bahnmagistrale Paris - Salzburg - Budapest müssten deshalb energisch vorangetrieben werden, um den gemeinsamen Wirtschaftsstandort zu stärken. **DK**

**Liberale Kommunalpolitiker:**

# Breil neuer Vize-Bundesvorsitzender

Auf der XXI. Delegiertenversammlung der Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) in Berlin wurde der stellvertretende VLK-Vorsitzende Bayern und Mitglied des Landesvorstandes der FDP Bayern, Klaus Breil aus Bernried, zu einem der drei Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Werner Becker-Blonigen, Bürgermeister in Wiehl, NRW, gewählt. „Nur wenn es gelingt, die Kommunalfinanzen endlich wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen und außerdem die Eigenkapitalausstattung der klein- und mittelständischen Unternehmen deutlich zu verbessern, bekommen wir in Deutschland wieder nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Und das ist Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Reformen umgesetzt werden können“, erklärte Breil, der auch wirtschaftspolitischer Sprecher der bayerischen Liberalen ist, seine Motivation für die Aufgabe gegenüber den Delegierten. ❐

## LIEFERANTEN-NACHWEIS

### Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Aussenmöblierung

BECK Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 0 71 95/69 33 00 · Fax 0 71 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160
Fax 07151-995166
info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

### Fahrradabstellanlagen

### Fahrradabstellanlagen

### Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH · 97078 Würzburg
☎ 0931/29903-0 · Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de · www.funeralia.de

### Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230

### Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
IUT INDUSTRIE- UND UMWELTTECHNIK
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49(0)4431/93549 · Telefax: +49(0)4431/93588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

### Papierkörbe

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

### Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN®
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner®
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmersbruck/Amberg
Tel.: ++49(0)9621/7685-0 · Fax ++49(0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

### Verwaltungsinformationssysteme

www.behoerdenmanagement.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

**Inserieren bringt Erfolg!**
www.bayerische-gemeindezeitung.de

### Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT

### Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230